

Stefan Goch

## Die Selbstwahrnehmung des Ruhrgebiets in der Nachkriegszeit

Trotz einer mittelalterlichen Vorgeschichte ist das Ruhrgebiet ein Produkt des Industriezeitalters und – in der Gegenwart muss man auch sagen – eines mittlerweile jahrzehntelangen Strukturwandels. Von den Hellwegstädten und Teilen des Ruhruferegebiets abgesehen war das spätere Ruhrgebiet gegen Mitte des 19. Jahrhunderts eine dünn besiedelte, überwiegend dörflich-agrarisch geprägte, abgelegene und administrativ zersplitterte Region mit einigen verstreuten Klöstern, Herrnsitzen, Kirchdörfern und Bauernschaften. Seit der Schaffung der beiden preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen nach dem Wiener Kongress war die vorherige territoriale Zersplitterung ansatzweise überwunden worden. Die geografische Einbindung in den rheinischen Raum und die verkehrsgünstige Lage an wichtigen west-östlichen Verkehrsverbindungen und wichtigen Schifffahrtswegen bildeten natürliche Raumvorteile. Geprägt wurde die Gegend seit der Hochindustrialisierung von einem montanindustriellen Komplex, unvollständiger Urbanisierung, einer engen Verbindung zwischen Wohnen und Arbeiten und einer überwiegend ‚neuen‘, zugewanderten Bevölkerung.<sup>1</sup> Wirtschafts- und sozialgeschichtlich wurde die Gegend zwischen Ruhr, Emscher, Rhein und östlich bis hinter Dortmund, die über keine natürlichen Grenzen verfügt,<sup>2</sup> eine Region mit einer eigenen Charakteristik. Politisch-administrativ wurde der montanindustrielle Ballungsraum aber mehrfach zerschnitten – durch die Provinzgrenzen Rheinlands und Westfalens, die bei den Landschaftsverbänden der Gegenwart fortexistieren, durch drei nach 1815 geschaffene Regierungsbezirke und durch Gemeinde- und Stadtgrenzen, die bis zur kommunalen Neugliederung in den 1920er Jahren, teilweise auch bis in die 1970er Jahre immer in Bewegung waren. Zahlreiche weitere Verbandsgliederungen zerschnitten die Region. Das ist bis zur Gegenwart so geblieben, eher verschlimmert worden.<sup>3</sup> Ein einheitlicher politischer Handlungsraum ist das Ruhrgebiet so bis heute nur in Ansätzen geworden.

So war das Ruhrgebiet weitgehend ohne Geschichte und Tradition und existierte ohne eigene politisch-administrative Institution. Die überwiegende Arbeiterbevölkerung artikuliert abgesehen von Versuchen der Traditionsbildung bei den richtungspolitisch gespalte-

- 1 Zur Wirtschafts-, Sozial- und Politikgeschichte bis zur Gegenwart vgl. etwa Wolfgang Köllmann u. a. (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Düsseldorf 1990, 2 Bde., und Rainer Bovermann/Stefan Goch/Heinz-Jürgen Priamus (Hg.): Das Ruhrgebiet – ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946–1996, Essen 1996; zum Strukturwandel Stefan Goch: Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel. Strukturpolitik und Bewältigung von Strukturwandel im Ruhrgebiet, Essen 2002.
- 2 Zu fehlenden Grenzen und Regionseigenschaften des Ruhrgebiets vgl. Hans Heinrich Blotevogel: Ist das Ruhrgebiet eine Region?, Duisburg 1999 (Gerhard-Mercator-Universität-GH Duisburg, Institut für Geographie, Diskussionspapier 3/1999); ders.: Die Region Ruhrgebiet zwischen Konstruktion und Dekonstruktion, in: Westfälische Forschungen (WF) 52 (2002), S. 453.
- 3 Vgl. Stefan Goch: Im Dschungel des Ruhrgebiets. Akteure und Politik in der Region, Bochum 2004; Klaus Tenfelde: Neues Bewusstsein regionaler Identität, in: Manfred Bourrée/Ludger Claßen (Hg.): Jahrbuch Ruhrgebiet 1996/97 - Standorte, Essen 1997, S. 13–17.

nen Bergarbeitergewerkschaften,<sup>4</sup> kaum ein regionales Selbstbewusstsein,<sup>5</sup> die schmalen bürgerlichen Schichten waren nur Träger einer schwachen, überwiegend an vorindustriellen Zeiten orientierten Heimatgeschichte<sup>6</sup> und die spezifische Erinnerungskultur bezog sich auf die Elite der Montaningenieure.<sup>7</sup> Es gab lange nicht einmal eine eindeutige Bezeichnung für diese Montan-Gegend.<sup>8</sup>

Regionen sind aber nicht nur Produkte objektivierbarer Strukturmerkmale, sondern existieren auch als „mental maps“ in den Köpfen von Menschen.<sup>9</sup> Das heißt, es gibt bestimmte kognitive Raumvorstellungen bzw. kognitive Karten bei Individuen und Gruppen als gewissermaßen subjektive Wahrnehmung und Bewertung von Regionen, die dann auch Verhaltensweisen in diesen Regionen mitbestimmen.<sup>10</sup> Ruhrgebiet ist also nicht nur da, wo sich die Strukturmerkmale des Ruhrgebiets finden lassen, sondern auch da, wo die Bewoh-

- 4 Heinrich Imbusch: Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau. Eine geschichtliche Darstellung, Essen 1908 und Otto Hue: Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, Bd. 2, Bochum 1913.
- 5 Klaus Tenfelde: Ruhrstadt: Historischer Hintergrund, in: ders. (Hg.): Ruhrstadt. Visionen für das Ruhrgebiet. Vier Diskussionsrunden im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets, März–Juni 2002, Bochum 2002, S. 13.
- 6 Z. B. Karl Ditt: Vom Heimatverein zur Heimatbewegung, Westfalen 1875–1915, in: WF 39 (1989), S. 232–255; ders.: Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923–1945, Münster 1988, S. 58–80; Edeltraut Kluebing (Hg.): Antimodernismus und Reform. Zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung, Darmstadt 1991, darin z. B. Karl Ditt: „Mit Westfalengruß und Heil Hitler“. Die westfälische Heimatbewegung 1918–1945, S. 191–215; Matthias Uecker: Heimatbewusstsein im Industriegebiet? Das bürgerliche Heimat-Konzept im Ruhrgebiet der Weimarer Republik: Inhalte, Funktionen und Probleme, in: WF 47 (1997), S. 137–151.
- 7 Vgl. Klaus Tenfelde: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn 1981, 2. Aufl., S. 26 f., dort findet sich auch eine umfassende Verarbeitung solcher Darstellungen für den Ruhrbergbau.
- 8 Vgl. Stefan Goch: „Der Ruhrgebietler“ – Überlegungen zur Entstehung und Entwicklung regionalen Bewusstseins im Ruhrgebiet, in: WF 47 (1997), S. 598–605; „Revier ohne Namen“ bei Hans Heinrich Blotvogel: Vom Kohlenrevier zur Region? Anfänge regionaler Identitätsbildung im Ruhrgebiet, in: Heiner Dürr/Jürgen Gramke (Hg.): Erneuerung des Ruhrgebiets. Regionales Erbe und Gestaltung für die Zukunft. Festschrift zum 49. Geographentag Bochum 3.–9. Oktober 1993, Paderborn 1993, S. 47 ff.; ders.: Ist das Ruhrgebiet eine Region? Vorbemerkungen zu einer aktuellen Debatte, in: Klaus Heinenbrock/Harry W. Jablonowski (Hg.): Blick zurück nach vorn! Standpunkte, Analysen, Konzepte zur Zukunftsgestaltung des Ruhrgebiets, Bochum 2000, S. 26 f.
- 9 Zu „mental maps“ Jürgen Reulecke: Stadtgeschichte, Urbanisierungsgeschichte, Regionalgeschichte. Einige konzeptionelle Überlegungen, in: Heinz-Jürgen Priamus/Ralf Himmelmann (Hg.): Stadt und Region – Region und Stadt: Stadtgeschichte – Urbanisierungsgeschichte – Regionalgeschichte, Essen 1993, S. 21; aus der Sicht der Stadtsoziologie Hartmut Häußermann: Das Erkenntnisinteresse von Gemeindestudien. Zur De- und Rethematisierung lokaler und regionaler Kultur, in: Hans-Ulrich Derlien/Uta Gerhardt/Fritz W. Scharpf (Hg.): Systemrationalität und Partialinteresse. Festschrift für Renate Mayntz, Baden-Baden 1994, S. 240 f.
- 10 Die Sozialgeografie geht schon länger mit solchen Fragen um – beispielsweise Roger M. Downs/David Stea (Hg.): Image and Environment: Cognitive Mapping and Spatial Behaviour, Chicago 1973; dies.: Maps in Minds. Reflections on Cognitive Mapping, New York 1977; Peter Gould/Rodney White: Mental Maps, Boston 1986, 2. Aufl. Als geistiges Abbild von Stadt schon bei K. Lynch: Das Bild der Stadt, Frankfurt a. M. 1970 (engl. 1960); vgl. Robert Lloyd/Christopher Heivly: Systematic Distortions in Urban Cognitive Maps, in: Annals of the Association of American Geographers 77 (1987), S. 191–207.

ner meinen, es wäre Ruhrgebiet und möglicherweise auch da, wo Außenstehende meinen, es wäre Ruhrgebiet. Dabei müssen Sein und Bewusstsein, Realität und Image keineswegs deckungsgleich sein.<sup>11</sup> Allerdings sind ökonomische, soziale und politische Realitäten notwendigerweise mit der mentalen Konstruktion einer Region verbunden.<sup>12</sup> Wie die Bewohner des Ruhrgebiets sich und ihre Region selbst wahrnehmen, ist letztlich nur indirekt zu erschließen<sup>13</sup> – die kognitiven Raumvorstellungen müssen vor allem in einer regionsspezifischen politischen Kultur<sup>14</sup> und in den Verhaltensweisen der regionalen Akteure gesucht werden.

## Anfänge einer Selbstwahrnehmung

Zu Anfängen einer Selbstwahrnehmung und entsprechenden Selbstdarstellungen des Ruhrgebiets bzw. insbesondere einiger Städte des Ruhrgebiets kam es nach der stürmischen Entwicklung während der Industrialisierung erst in einer kurzen Phase nachholender Urbanisierung nach dem Ersten Weltkrieg. Die Ruhrgebietsgroßstädte, die im Weimarer Sozialstaat die Defizite der ruhrgebietspezifischen Stadtentwicklung der vergangenen Jahrzehnte zu beseitigen hatten, unternahmen nun erhebliche Anstrengungen, um Urbanisierung nachzu-

Als Einführung mit entsprechenden Fragestellungen Jörg Mayer u. a.: Sozialgeographie, Braunschweig 1977, 25 ff.

- 11 Auf diese Unterschiede zwischen ‚Wirklichkeit‘ im Sinne vorhandener Strukturmerkmale und Wahrnehmung von Regionen weist z. B. Gerhard Hard: Umweltwahrnehmung und mental maps im Geographieunterricht, in: Praxis Geographie 18 (1988), H. 7, S. 14–17, hier S. 15, hin. Vgl. Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg.): Das Image des Ruhrgebiets im Spiegel von Meinungsumfragen. Ergebnisse der Image-Analyse 1993 im zeitlichen Vergleich, Bochum 1994, S. 1. Zur Diskussion auch Blotevogel: Region, bes. S. 459, der es sich dann aber in der pauschalen Kritik am „affirmativen Diskurs zur Konstruktion des Ruhrgebiets“ etwas einfach macht.
- 12 Vgl. Blotevogel: Ruhrgebiet, S. 24.
- 13 Bis in die 1990er Jahre ist mit wenig eindeutigen Begrifflichkeiten immer wieder auch behauptet worden, im Ruhrgebiet gebe es keine spezifische Identität, außer bei einer Reihe von Entscheidungsträgern. Vgl. Detlef Briesen: Vom Kohlenpott zum Ruhrgebiet. Einige Beispiele kognitiver Kartografie und die Konstruktion von Regionalbewusstsein durch Geschichte, in: ders./Rüdiger Gans/Armin Flender: Regionalbewusstsein in Montanregionen im 19. und 20. Jahrhundert. Saarland – Siegerland – Ruhrgebiet, Bochum 1994, S. 146, in dem Band auch zur methodischen Diskussion.
- 14 Obwohl die Konzeptualisierung und Benutzung des Begriffs „Politische Kultur“ in der Politikwissenschaft weiterhin Schwierigkeiten bereiten, stehen doch spezifische, gewachsene kollektive Wahrnehmungsmuster und Vorstellungswelten im Zentrum einer Analyse von Regionalkultur, die dann Voraussetzung bestimmter Handlungsweisen und Verhaltensmuster ist und als Bindeglied zwischen (subjektiver) Mikroebene und Makroebene analysiert wird. Vgl. Karl Rohe: Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Oskar Niedermayer/Klaus von Beyme (Hg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Opladen 1996, S. 3, zu „Fruchtbarkeit und Reiz einer politisch-kulturellen Analyse“, die in dem Versuch liegt, „die historische Dimension als eine kontrollierte systematische Variable in sozialwissenschaftliche Analysen einzubringen“. Plädoyer für eine regionalisierte Politische Kultur-Forschung bei Hans-Georg Wehling: Die Bedeutung regionaler Politischer Kultur-Forschung unter besonderer Berücksichtigung Württembergs, in: Dirk Berg-Schlösser/Jakob Schissler (Hg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987 (PVS-Sonderheft 18), S. 259–266.

holen, Infrastruktur-Einrichtungen zu schaffen und die Daseinsfürsorge zu verbessern.<sup>15</sup> Im Kontext des Ausbaus der Daseinsfürsorge und der kommunalen Leistungsverwaltung sowie der städtischen Infrastruktur in den 1920er Jahren entwickelten sich erste Ansätze eines ‚regionalen Marketings‘ bzw. einer Imagewerbung der Ruhrgebietsstädte.

Obwohl auch nach 1918 die alte preußische Verwaltungselite trotz eines begrenzten Revirements in der Kommunalpolitik dominant blieb und die Ruhrgebietsstädte von Bürgermeistern aus dem bürgerlichen bzw. katholisch-(bürgerlich)en Lager geführt wurden,<sup>16</sup> brachten die Demokratisierung der kommunalen Selbstverwaltung und der Einzug der Parteien – insbesondere auch der Arbeiterparteien – in die Gremienarbeit der Kommunalpolitik sowie wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen eine Politisierung mit sich, durch die Menschen und Organisationen mit lokaler und regionaler Politik befasst wurden und sich so notwendig mit den regionsspezifischen Problemen befassen mussten. Wenn auch nicht konfliktfrei, konnten dabei neue politische Akteure und die alte preußische Verwaltungsschicht, denen allesamt aus jeweils unterschiedlichen Blickwinkeln die Probleme ihrer Kommunen bewusst waren, durchaus zur Zusammenarbeit finden – wie die Projekte nachholender Urbanisierung in den Ruhrgebietsstädten auch zeigen. Auch die mit zahlreichen Denkschriften geführten Debatten um die kommunale Neuordnung der 1920er Jahre zeigen – bei aller möglichen Kritik an den Ergebnissen – die große Sachkenntnis und Problemwahrnehmung der lokalen bzw. regionalen Akteure.<sup>17</sup> In den Debatten um die kommunale Neuordnung des Ruhrgebiets in den 1920er Jahren vertraten – natürlich aussichtslos – die Kommunisten die Forderung nach einer einheitlichen Ruhrstadt bzw. nach der Zusammenlegung von Städten und der Schaffung zentralisierter Gebilde im Ruhrgebiet.<sup>18</sup>

Auch oberhalb der Ebene der Kommunen wurde in der Weimarer Republik nun die Entwicklung regionaler Politik bzw. einer regional abgestimmten Politik in Angriff genommen. Einige weitsichtige Kommunalbeamte hatten schon vor dem Ersten Weltkrieg angesichts erheblicher Folgeprobleme der ungeplanten Industrieansiedlung und Städtebildung den Gedanken einer ruhrgebietsweiten, übergemeindlichen und notwendigerweise auch provinzübergreifenden Planung entwickelt. Nach dem Ersten Weltkrieg war dann aber die angesichts der Reparationsforderungen und der sich daraus ergebenden Kohlenlieferungen gesehene Notwendigkeit der Ansiedlung von Bergleuten und ihren Familien im Ruhrgebiet, was allerdings schon 1923 entfiel, der eigentliche Anlass für die Gründung des ‚Siedlungs-

15 Wolfgang R. Krabbe: *Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Einführung*, Göttingen 1989, S. 121–125; Jürgen Reulecke: *Das Ruhrgebiet als städtischer Lebensraum*, in: Köllmann u. a., Bd. 2, S. 115 f. Vgl. Klaus Novy/Arno Mersmann/Bodo Hombach: *Reformführer NRW. Soziale Bewegungen, Sozialreform und ihre Bauten*, Wien 1991, zu den Reformbauten.

16 Dietmar Petzina: *Kommunale Handlungsspielräume und kommunale Finanzen. Erfahrungen in Deutschland zwischen Erstem Weltkrieg und Nationalsozialismus*, Bochum 1993 (Diskussionspapiere aus der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum), S. 7 f.; allgemein für die Oberbürgermeister vgl. Wolfgang Hofmann: *Zwischen Rathaus und Staatskanzlei. Die Oberbürgermeister in der Kommunal- und Staatspolitik des Deutschen Reiches von 1890–1933*, Stuttgart 1974, S. 57–68.

17 Hein Hoebink: *Mehr Raum – Mehr Macht. Preußische Kommunalpolitik und Raumplanung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1900–1933*, Essen 1990.

18 Tenfelde: *Ruhrstadt*, S. 16 f.

verbandes Ruhrkohlenbezirk<sup>19</sup> (SVR) durch das Gesetz vom 5. Mai 1920.<sup>19</sup> Auch Überlegungen zur Schaffung einer Ruhrprovinz hatte es gegeben, vor allem in Essen als „administrativer Innovationsstadt“.<sup>20</sup> Letztlich war der SVR also ein eher pragmatischer Versuch der Steuerung und nachträglichen Korrektur eines ungeordneten Urbanisierungsprozesses und seiner negativen Begleiterscheinungen. Im Bereich der Selbstverwaltungsangelegenheiten erhielt der Siedlungsverband als Verband der kommunalen und funktionalen Selbstverwaltung sowie zugleich als regionale Planungsbehörde Aufgaben der gemeindlichen Fluchtlinien- und Bebauungsplanung, der Festsetzung der regionalen Verkehrs- und der Grünflächenplanung sowie, im Bereich der staatlichen Auftragsverwaltung, Aufgaben bei der Aufstellung von Bau- und Wohnungsordnungen und der Siedlungstätigkeit. Damit gewann der SVR besondere über- und zwischengemeindliche Bedeutung und konnte mit korporatistischen Aushandlungsmechanismen zur Vereinheitlichung der Region beitragen.<sup>21</sup> Bei seiner raumordnenden Tätigkeit schuf der SVR im Rahmen der noch unverbindlichen Regionalplanung mit Hilfe so genannter Wirtschaftspläne, die mit späteren Flächennutzungsplänen vergleichbar waren, erste Grundlagen einer funktionalen Aufteilung der Flächen. Besonders widmete sich der SVR dabei der Erhaltung von Frei- und Grünflächen, den ‚Verbandsgrünflächen‘. Der SVR mit seinen letztlich doch nur begrenzten Kompetenzen und seinen neuartigen Aufgaben konnte viele seiner Ziele nur realisieren, wenn er Überzeugungsarbeit leistete, neue diskursive Steuerungsformen entwickelte und informelle Verfahren anwandte. Der SVR trieb damit die Vernetzung im Ruhrgebiet voran, entwickelte ‚weiche‘ Steuerungsinstrumente und schuf Anregungen zur Kooperation.

Auch in den kulturpolitischen und wissenschaftlichen Diskussionen lag nach dem Ersten Weltkrieg die Frage nach einem Selbstverständnis und einer Selbstdeutung der Region ‚in der Luft‘. Zeittypisch suchte man in der zerklüfteten und fragmentierten Gesellschaft nach Einheitlichkeit und Sinnstiftung. Allerdings lassen sich nur schwer klare Linien des regionalen Diskurses ausmachen, und auch die Zeitschriften wurden wohl nicht nur aus finanziellen Gründen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten immer wieder eingestellt, umgruppiert und neu gegründet. Mit Heimat- und Volkstumspflege gedachte man die Ruhrgebietsgesellschaft auch wieder zu einer (Volks-)Gemeinschaft zusammenzuführen.<sup>22</sup> So konnte eine

19 Ausführlicher Ursula von Petz: Vom Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk zum Kommunalverband Ruhrgebiet. 75 Jahre Landesplanung und Regionalpolitik im Revier, in: Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg.): Kommunalverband Ruhrgebiet – Wege, Spuren. Festschrift zum 75-jährigen Bestehen des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, Essen 1995, S. 7–68; Andreas Benedict: 80 Jahre im Dienste des Ruhrgebiets. SVR und KVR im historischen Überblick 1920–2000, Essen 2000; Heinz-Wilhelm Hoffacker: Entstehung der Raumplanung, konservative Gesellschaftsreform und das Ruhrgebiet 1918–1933, Essen 1989.

20 Blotevogel: Kohlenrevier, S. 49; Zitat nach Tenfelde: Ruhrstadt, S. 15.

21 Hermann Korte: Die Entfaltung der Infrastruktur, in: Köllmann u. a., Bd. 1, S. 590 ff.; Blotevogel: Kohlenrevier, S. 50; Benedict, S. 31 f.

22 Doris Kaufmann: Heimat im Revier? Die Diskussion über das Ruhrgebiet im Westfälischen Heimatbund während der Weimarer Republik, in: Klüeting: Antimodernismus, 1991, S. 171–190. Zu den Zeitschriften des Westfälischen Heimatbundes Ditt: Raum, S. 69. Vgl. auch Blotevogel: Region, S. 470–478.

Antwort auf die Suche nach einem Gemeinschaftsgefühl mit der These von der Herausbildung eines ruhrgebietspezifischen Volkstums gegeben werden.<sup>23</sup> Ein zentraler Protagonist dieser Diskussion, der seine Wirksamkeit erst nach dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg entfaltete, war Wilhelm Brepohl, den man in den 1950er und 1960er Jahren nach seinem Buchtitel als „Vater des Ruhrvolks“ titulierte. In der Nachkriegszeit traten rassistische Interpretationen zurück bzw. wurden durch eher sozialgeschichtliche Deutungen über einheitliche Strukturmerkmale der Ruhrgebietsbevölkerung ergänzt und ersetzt; sie fanden große Verbreitung.<sup>24</sup> Untermauert wurden solche Interpretationsmuster durch die frühen sozialwissenschaftlichen Forschungen der Dortmunder Sozialforschungsstelle und dann auch, seit den späten 1960er Jahren, durch zunehmende Regionalforschung im Umfeld der erst seit dieser Zeit im Ruhrgebiet entstehenden universitären Einrichtungen. Neben den Ansätzen einer Heimatkunde für die Industrieregion zu Zeiten der Weimarer Republik bildeten sich im Ruhrgebiet erste Ansätze einer Kunst- und Literaturszene, die die Entwicklungen in der Region aufgriff und reflektierte.<sup>25</sup> Ansatzweise entstand so etwas wie regionale Öffentlichkeit.

Der Nationalsozialismus warf das Ruhrgebiet insgesamt zurück, vor allem indem der bereits begonnene Strukturwandel aufgehalten und die Region wieder auf ihre Rolle als schwerindustrielles Zentrum verwiesen wurde. In der nationalsozialistischen ‚Befehlswirtschaft‘, im polykratischen System nationalsozialistischer Wirtschaftsplanung und schließlich in der Kriegswirtschaft erlangte die Montanindustrie aber nicht mehr die gleichen Handlungsspielräume wie in früheren Zeiten, die im Bereich der Wirtschaft besondere regionale Verhaltensweisen hätten ermöglichen können.<sup>26</sup>

- 23 So fragt Wolfgang Braunschädel: Mythos „Ruhrvolk“. Kritische Anmerkungen zu Wilhelm Brepohls Volkstumsforschung und Heimatkunde, in: Ralf Piorr (Hg.): Eine Reise ins Unbekannte, Ein Lesebuch zur Migrationsforschung und Heimatkunde, in: Herne und Wanne-Eickel, Essen 1998, S. 126, danach, ob Brepohls „Ruhrvolk“ nicht ein „ideologisches Konstrukt zwecks Propagierung eines sinnstiftenden Gemeinschaftsgefühls ist“, das „gerade nicht dazu taugt, die sozialen Realitäten der verschiedenen Bevölkerungsschichten auf einen Nenner zu bringen“. Vgl. auch Jürgen Reulecke: Das Ruhrgebiet und die „Volksgesundheit“. Ansichten über das Revier in der Zwischenkriegszeit, Bochum 2001, S. 11 f.
- 24 Stefan Goch: Wege und Abwege der Sozialwissenschaft. Wilhelm Brepohls industrielle Volkskunde, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 26 (2001), S. 139–176; auch Blotevogel: Ruhrgebiet, S. 30. Genannt werden könnte als Chronist auch Hans Spethmann: Das Ruhrgebiet im Wechselspiel von Land und Leuten, Wirtschaft, Technik und Verkehr, Bd. 1: Von der Vorrömerzeit bis zur Gestaltung eines Reviers in der Mitte des 18. Jahrhunderts; Bd. 2: Die Entwicklung zum Großrevier seit Mitte des 18. Jahrhunderts; Bd. 3: Das Ruhrrevier der Gegenwart, Essen 1995 (Nachdruck der Originalausgabe 1938). Vgl. Briesen, S. 146.
- 25 Blotevogel: Kohlenrevier, S. 50. Inhaltlich vgl. Siegfried Grosse: Texte und Literatur, in: Köllmann u. a., Bd. 2, S. 291–337; Dirk Hallenberger: Das Ruhrgebiet aus literatur- und sprachgeschichtlicher Sicht, in: Heinenbrock/Jablonowski, S. 81–92; ders. (Hg.): Das Ruhrgebiet in der Literatur. Annotierte Bibliographie zur Literatur über das Ruhrgebiet von den Anfängen bis 1961, Essen 1990; ders.: Ruhrgebietsliteratur. Grundzüge einer regionalen Literaturgeschichte, in: Konrad Ehlich (Hg.): Sprache und Literatur an der Ruhr, Essen 1997, 2. Aufl., S. 243–263; Dirk Hallenberger: Industrie und Heimat, Essen 2000; Thomas Parent: Theater und Museen, in: Köllmann u. a., Bd. 2, S. 361–418.
- 26 Gerhard Th. Mollin: Die Eisen- und Stahlindustrie im Nationalsozialismus, in: Otfried Dascher/Christian Kleinschmidt (Hg.): Die Eisen- und Stahlindustrie im Dortmunder Raum. Wirtschaftliche

Die Städte als Protagonisten lokaler und regionaler Selbstdarstellung verloren im ‚Dritten Reich‘ mit der Zerstörung politischer Bewegungen und der engen Begrenzung kommunaler Handlungsspielräume ihre Handlungsfähigkeit. In der kurzen Friedenszeit des ‚Dritten Reiches‘ wurden Stadtmarketing-Aktivitäten zugunsten der Selbstinszenierung der Nationalsozialisten, die aber wohl insgesamt – jenseits der Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg – nur sehr wenig Spuren in den Stadtgestalten zurückließen, nicht recht weitergeführt. Größere bzw. bombastische Stadtumbauten blieben Planungen, die widersprüchlichen und oft großstadtfeindlichen Vorstellungen von Urbanität und Architektur wurden nur selten und in Einzelprojekten umgesetzt. Abstimmungsprozesse und der Ausgleich unterschiedlicher Interessen waren im Nationalsozialismus nicht möglich.

Propaganda, Verführung und Repression ebenso wie das Loblied auf die deutsche Arbeiterschaft innerhalb der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft dürften nur wenig zu einer Steigerung des regionalen Selbstbewusstseins beigetragen haben – mindestens nicht langfristig vor dem Hintergrund des Untergangs des NS-Regimes. Real und materiell brachte der Nationalsozialismus für die Arbeiterbevölkerung des Ruhrgebiets sowieso wenig: Erst mit Erreichen der Vollbeschäftigung um 1936 besserte sich die Situation für die kurze Zeitspanne bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs bzw. dem Einsetzen der Bombardierungen des Ruhrgebiets. Die steigende Zahl von Arbeitsplätzen beseitigte die miserable materielle Lage der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet nicht. Die Lohnentwicklung hielt nicht mit den Preissteigerungen Schritt.<sup>27</sup> Dabei standen Entsolidarisierung und Individualisierung sowie

Entwicklung, soziale Strukturen und technologischer Wandel im 19. und 20. Jahrhundert, Dortmund 1992, S. 472 ff., 477, 483 ff.; ders.: Montankonzerne und „Drittes Reich“. Der Gegensatz zwischen Monopolindustrie und Befehlswirtschaft in der deutschen Rüstung und Expansion 1936–1944, Göttingen 1988, S. 102 ff.; Friedrich Schunder: Tradition und Fortschritt. Hundert Jahre Gemeinschaftsarbeit im Ruhrbergbau, Stuttgart 1959, S. 250–260. Vgl. Bernd Weisbrod: Arbeitgeberpolitik und Arbeitsbeziehungen im Ruhrbergbau. Vom „Herr-im-Haus“ zur Mitbestimmung, in: Gerald D. Feldman/Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich, München 1989, S. 153; Ludolf Herbst: Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945, Stuttgart 1982, S. 255–275.

- 27 Das Lohnniveau der Jahre 1930 oder 1931, als die Weltwirtschaftskrise bereits ausgebrochen war, wurde während des ‚Dritten Reiches‘ nicht wieder erreicht, wenn dann nur durch Mehrarbeit und Überschichten. Vgl. Rüdiger Hachtmann: Zur Lage der Industriearbeiterschaft im Ruhrgebiet während der NS-Zeit, in: Dascher/Kleinschmidt, S. 244 f.; auch ausführlich ders.: Industriearbeit im „Dritten Reich“. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945, Göttingen 1989; positiver Klaus Wisotzky: Zwischen Integration und Opposition. Aspekte des Arbeiterverhaltens im Nationalsozialismus, in: Anselm Faust (Hg.): Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933–1945, Köln 1992, S. 142 f.; Wolfgang Franz Werner: Rüstungswirtschaftliche Mobilisierung und materielle Lebensverhältnisse im Ruhrgebiet 1933–1939. Das Beispiel der Bergarbeiter, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hg.): Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter. Beiträge zur Landesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 3: Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Land Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1984, S. 154 ff.

der Verlust politischer Perspektiven jenseits des herrschenden Regimes auch der Herausbildung regionalen Selbstbewusstseins entgegen.<sup>28</sup>

Als gesamtregionale Einrichtung des Ruhrgebiets blieb der SVR, der Kontrolle durch die kommunale Selbstverwaltung entzogen und nach dem Führerprinzip entdemokratisiert und reorganisiert sowie dem Anweisungsrecht der Oberpräsidenten von Rheinland und Westfalen untergeordnet, im ‚Dritten Reich‘ erhalten. Überlegungen zur Neuordnung des rheinisch-westfälischen Raums blieben im Dickicht von Bürokratie und Rivalitäten regionaler NS-Einrichtungen stecken. So arbeitete der SVR praktisch in den Bereichen Wohnungsbau, Verkehrsplanung, Landesplanung und Naturschutz weiter und war dabei z. B. bei der Planung des Zwangsarbeitereinsatzes auch an den Verbrechen während des ‚Dritten Reiches‘ beteiligt. Er wurde längerfristig aber eher einflussreicher, da er im Rahmen des Ausbaus der staatlichen Raumordnungspolitik faktisch die Funktion einer Landesplanungsgemeinschaft (unter Einbeziehung der kommunalen und funktionalen ‚Selbstverwaltung‘) erhielt.<sup>29</sup>

Der Bombenkrieg zerstörte in den Städten des Ruhrgebiets durchschnittlich knapp zwei Drittel der Wohnungen, ganze Stadtteile wurden in Schutt und Asche gelegt.<sup>30</sup> Im Chaos des untergehenden ‚Dritten Reiches‘ blieben und wurden die montanindustriellen Großbetriebe letzte wichtige Kommunikations- und Handlungsorte.<sup>31</sup> Die zentrale Rolle der Betriebe nahm wesentliche Entwicklungen der Nachkriegszeit vorweg bzw. bereitete sie vor.

## Wiederaufbau und Entwicklung eines Selbstwertgefühls

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus erlebte die Region einen neuen Boom der alten Montanindustrie. Im Ruhrgebiet entstand angesichts des Kohlenmangels in Europa und der Wichtigkeit der Grundstoffindustrien für den Wiederaufbau unter Förderung der Alliierten und deutscher Stellen die alte schwerindustrielle Struktur wieder. Durch die einseitige, politisch motivierte Förderung der Montanindustrie wurde somit eine altindustrielle Sektoralstruktur wiedererrichtet, die ab Ende der 1950er Jahre wesentliche Ursache eines krisenhaft verlaufenden Strukturwandels sein sollte. Allerdings wurden die kommenden

28 Zu Entsolidarisierung in der Arbeiterschaft, ansteigender Fluktuation, Durchmischung der Arbeiterschaft und Arbeiterverhalten im „Dritten Reich“ vgl. z. B. Hachtmann. Vgl. auch Klaus Wisotzky: Der Ruhrbergbau im Dritten Reich. Studien zur Sozialpolitik im Ruhrbergbau und zum sozialen Verhalten der Bergleute in den Jahren 1933 bis 1939, Düsseldorf 1983, S. 130, 137; ders.: Integration, S. 142 ff.; Hisashi Yano: Hüttenarbeiter im Dritten Reich. Die Betriebsverhältnisse und soziale Lage bei der Gutehoffnungshütte Aktienverein und der Fried. Krupp AG 1936 bis 1939, Stuttgart 1986 (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 34), bes. S. 27–48.

29 Benedict, S. 53–58; Petz, S. 29. Zu Neuordnungsüberlegungen vgl. Heinz-Jürgen Priamus: Das Ruhrgebiet – weder Megastadt noch Region? Exemplarische Aspekte der fehlgeschlagenen Versuche, das Ruhrgebiet als Einheit zu etablieren, in: Rainer Wirtz (Hg.): War die Zukunft früher besser? Visionen für das Ruhrgebiet, Essen 2000, S. 124–129.

30 Vgl. Dietmar Petzina: Wirtschaft und Arbeit im Ruhrgebiet 1945 bis 1985, in: Köllmann u. a., Bd. 1, S. 492.

31 Wisotzky: Integration, S. 149.

Probleme der alt-neuen Montandominanz von den regionalen Akteuren auch nur begrenzt erkannt. Die Wiederherstellung des Ruhrgebiets als Zentrum der Kohleförderung und der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Energieproduktion schuf die Voraussetzungen für den Aufstieg anderer Regionen Westdeutschlands, die später auf das ‚altindustrielle‘ Ruhrgebiet herabschauen sollten.<sup>32</sup> Die gewissermaßen erzwungene Wiederherstellung der montanindustriellen Strukturen wird bis in die Gegenwart als ‚Wiederaufbauopfer‘ zur Erklärung der Strukturprobleme im Ruhrgebiet und zur Mobilisierung öffentlicher Mittel für die Region Ruhrgebiet verwendet und ist auch ein langfristig entstandenes Element regionalen Selbstverständnisses und der Selbstdeutung der regionalen Entwicklung.<sup>33</sup>

Diese Selbstwahrnehmung regionaler Entwicklung hatte ihre Ursprünge in der Nachkriegszeit, als die in der Öffentlichkeit immer wieder betonte Bedeutung der Montanregion für den Wiederaufbau das Selbstwertgefühl der Region steigerte.<sup>34</sup> Bergarbeiter waren sofort nach dem Krieg gesuchte Arbeitskräfte. Selbstverständlich bekamen sie Schwerstarbeiterzulagen bei der Lebensmittelverteilung und in der ganzen Region mit ihren großen Kriegszerstörungen hatte der Wohnungsbau für Bergleute bzw. die gesamte Arbeiterschaft der Montanindustrie einen besonderen Vorrang. Für die Prägung der Region vor allem durch den Bergbau war es ausgesprochen wichtig, dass in der Nachkriegszeit zahlreiche Männer im Bergbau als ‚Neubergleute‘ anlegten, dann aber mehr oder weniger schnell den Bergbau wieder verließen – diese Arbeit war und blieb nämlich hart, schmutzig und gefährlich. Zwischen Kriegsende und dem Jahr 1954 wurden etwa 800.000 Bergleute neu eingestellt und ausgebildet. Von ihnen blieb nur jeder vierte im Bergbau.<sup>35</sup> So hatten wesentlich mehr Menschen in der Region den Bergbau selbst erlebt, als real in dieser Branche arbeiteten, hatten Bergleute in der Familie oder kannten zumindest Bergleute und hatten Bergleute in der Familie. Dazu kamen enge verwandtschaftliche Beziehungen, die schon die frühe Sozialforschung über die Lebensweisen der Ruhr-Arbeiterschaft festgestellt hat. Ebenso waren

- 32 Dietmar Petzina: *The Ruhr Area: Historical Development*, in: Joachim Jens Hesse (Hg.): *Die Erneuerung alter Industrieregionen. Ökonomischer Strukturwandel und Regionalpolitik im internationalen Vergleich*, Baden-Baden 1988, S. 490 f., 502 f.; Joachim Jens Hesse: *The Ruhr Area: Politics and Policies of Revitalization*, in: ebd., S. 546; pointierter Werner Plump: *Das „Arbeitshaus“ des neuen Staates? Die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Bedeutung Nordrhein-Westfalens für die Bundesrepublik zwischen 1946 und 1955*, in: Landezentrale für politische Bildung NRW (Hg.): *Der schwierige Weg zur Demokratie. Die Bundesrepublik vor 40 Jahren*, Düsseldorf 1990, S. 252.
- 33 Ebd., S. 251. „Tief verankert in der kollektiven Psyche der Bevölkerung des Reviers“ nach Dietmar Petzina: *Von der industriellen Führungsregion zum Krisengebiet. Das Ruhrgebiet in historischer Perspektive*, in: ders./Werner Abelschäuer (Hg.): *Die Verantwortung des Staates für die Wirtschaft. Ausgewählte Aufsätze*, Essen 2000, S. 201.
- 34 Petzina: *Wirtschaft*, S. 506.
- 35 Mark Roseman: *New Miners in the Ruhr. Rebuilding the Workforce in the Ruhr Mines 1945–1958*, Warwick 1987 (Diss.); ders.: *Recasting the Ruhr 1945–1958. Manpower, Economic Recovery and Labour Relations*, New York/Oxford 1992; ders.: *Settling the Workforce. Ruhr Miners’ Housing, Ideology and Social Integration 1945–1958*, in: Klaus Tenfelde (Hg.): *Sozialgeschichte des Bergbaus im 19. und 20. Jahrhundert. Beiträge des internationalen Kongresses zur Bergbaugeschichte in Bochum vom 3.–7. September 1989*, München 1992, S. 1102–1123.

Zechen, Großbetriebe, Stadtteile und Gemeinden eng miteinander verbunden.<sup>36</sup> Mit der so genannten Werksfürsorge, mit dem Wohnungsbau bis zu Deputatkohlen und den in den Werkstätten der Montanunternehmen gefertigten Geschenken wie den aus V2A-Stahl hergestellten Blumenvasen reichte vor allem der Bergbau, aber auch die Montanindustrie insgesamt weit in das alltägliche Leben hinein. Ein sehr hoher Anteil der Ruhrgebietsbevölkerung hatte also eine direkte, persönliche Verbindung zum Bergbau und zur Montanindustrie. Diese Erfahrungen blieben bis zur Gegenwart aktuell, weil der Bergbau und die Eisen- und Stahlindustrie in der Region im Unterschied zu vielen anderen Montanregionen nicht vollständig eingestellt wurden und jede neue Runde von Auseinandersetzungen um Fördermittel die Erfahrungen aktualisierte. Wie sonst wäre es zu erklären, dass noch zu Beginn der 1990er Jahre eine Mehrheit befragter Ruhrgebietsbewohner meinte, die Mehrheit der Arbeitsplätze der Region wäre im Bergbau zu finden.<sup>37</sup> Das Selbstbewusstsein der montanindustriellen Bevölkerung speiste sich also aus der in der Nachkriegszeit von außen der Ruhrindustrie beigemessenen Bedeutung.

Wesentliche Protagonisten des Selbstbewusstseins der montanindustriellen Bevölkerung wurden die Gewerkschaften der zentralen Ruhrgebietsbranchen: Die Bergbaugewerkschaft, zunächst ‚Industrieverband Bergbau‘ genannt, dann ab 1948 ‚Industriegewerkschaft Bergbau‘ und schließlich ab 1960 ‚Industriegewerkschaft Bergbau und Energie‘ (IGBE), wurde im Ruhrgebiet von Gewerkschaftern aus allen Weimarer Richtungsgewerkschaften als Einheitsgewerkschaft wieder gegründet.<sup>38</sup> Die Einheitsgewerkschaft, die alte Grenzen zwischen politischen Lagern und Milieus sprengte, förderte eine Ausbildung einheitlicher Vorstellungsweisen. Zu einem hohen Organisationsgrad trugen die großbetriebliche Betriebsform, die in der Nachkriegszeit installierte, dann aber 1953 unterbrochene und mit der Durchsetzung kooperativer industrieller Beziehungen 1967 wieder eingeführte Beitragskassierung bei der Lohnabrechnung sowie der Druck der Betriebsräte, die die Zechen fast wie ‚closed shops‘

36 Z. B. nach den Untersuchungen der Dortmunder Sozialforschungsstelle: Carl Jantke: Bergmann und Zeche. Die sozialen Arbeitsverhältnisse einer Schachtanlage des nördlichen Ruhrgebietes, Tübingen 1953; Helmuth Croon/Kurt Utermann: Zeche und Gemeinde. Eine Untersuchung über den Strukturwandel einer Zechengemeinde im nördlichen Ruhrgebiet, Tübingen 1958; Gunther Ipsen u. a.: Standort und Wohnort. Ökologische Studien, Opladen 1957; Helmut Klages: Nachbarschaftsgedanke und nachbarliche Wirklichkeit in der Großstadt, Opladen 1958; Rainer Mackensen u. a.: Daseinsformen der Großstadt. Typische Formen sozialer Existenz in Stadtmitte, Vorstadt und Gürtel der industriellen Großstadt, Tübingen 1959.

37 Kommunalverband Ruhrgebiet: Image, S. 11.

38 Zum „Zeitgeist“ der Gründungsphase am Beispiel des nördlichen Ruhrgebiets Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bezirk Ruhr-Nord (Hg.): Jahre, die wir nicht vergessen 1945–1950. Recklinghauser Bergbaugewerkschafter erinnern sich, Recklinghausen o. J. (1980); populärer Überblick Wolfgang Jäger/Klaus Tenfelde: Bildgeschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung, München 1989, S. 178–186; zu Dortmund August Schmidt: Lang war der Weg, Bochum 1978, 2. Aufl., S. 223–269; Wolfgang Jäger: Lohn der Mühen. Einheitsgewerkschaft und Montanmitbestimmung, in: Peter Friedemann/Gustav Seibold (Hg.): Struktureller Wandel und kulturelles Leben. Politische Kultur in Bochum 1860–1990, Essen 1992, S. 363–374.

führten, bei.<sup>39</sup> Viele Bergbau-Angestellte, die nicht mehr eigenständig organisiert waren, fanden nun auch zur Einheitsgewerkschaft, womit Distanzen zwischen Angestellten und Arbeiterschaft mittelfristig abgebaut wurden. Nach der 3. Generalversammlung Ende 1950 wurde die Organisation der IGB von Betriebs- und Schachtgewerkschaftsgruppen auf Ortsgruppen umgestellt. Die Mitgliederbetreuung konnte in den Ortsgruppen wesentlich verbessert werden. Die gewerkschaftliche Basisorganisation außerhalb des Betriebes hatte in späteren Zeiten erhebliche Bedeutung, als zwar ökonomisch die Bedeutung des Ruhrbergbaus sank, seine prägende Wirkung aber in den sozialen Strukturen außerhalb der (stillgelegten) Betriebe über die Ortsgruppen und über die weiterhin organisierten Ex-Bergleute weiterwirkten.<sup>40</sup> Auch im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie gründeten die Veteranen aus den früheren Richtungsgewerkschaften eine Einheitsgewerkschaft, die wie bei der Bergbau-gewerkschaft in den Großbetrieben rasch hohe, zuvor nie da gewesene Organisationsgrade erreichte.<sup>41</sup> Weitere wichtige Gewerkschaften waren die IG Chemie-Papier-Keramik, die an den großen Standorten der chemischen Industrie im Norden des Reviers rasch Organisations-erfolge erzielte.<sup>42</sup>

## Anfänge einer Ruhrgebiets-Identität

In der regionalen politischen Kultur des Ruhrgebiets entwickelte sich also ein wachsendes Selbstbewusstsein, weil in der Nachkriegszeit immer wieder die Rolle der Montanindustrie im Wiederaufbauprozess und damit die gesamt-nationale Bedeutung der Vorgänge im Ruhrgebiet hervorgehoben wurden. Dieses regionale Selbstbewusstsein konnte an frühere Identitätsmuster, das Standesbewusstsein der Bergarbeiterschaft und die Traditionen berufsstolzer Metallarbeiter anknüpfen. Auch der Stolz auf die harte körperliche und gefährliche Arbeit in

- 39 Emil Schrupf: *Gewerkschaftsbildung und -politik im Bergbau* (unter besonderer Berücksichtigung des Ruhrbergbaus), Bochum 1958 (Diss.), S. 33–38; Mario König: *Die Angestellten unterwegs. Vom Berufsstand zur modernen Gewerkschaft*, Köln 1992, S. 75–84, 93; Karl Lauschke: *Schwarze Fahnen an der Ruhr. Die Politik der IG Bergbau und Energie während der Kohlenkrise 1958–1968*, Marburg 1984, S. 143, 163 f. Vgl. aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive Michael Zimmermann: „Verdammt viel zu sagen“. Erfahrungsvoraussetzungen, Tätigkeitsinhalte und Wertorientierungen von Bergbau-Betriebsräten der „ersten Stunde“, in: *VZ* 88/9, 1989/90, S. 275 ff.
- 40 Schließlich ermöglichte die Organisation der Gewerkschaft in Ortsgruppen 1953 die rasche Umstellung der Beitragskassierung, als der Unternehmerverband nach einer Tarifaufeinandersetzung die Beitragskassierung bei der Lohnabrechnung einstellte. Vgl. Lauschke, S. 144 ff.; Roseman: *Miners*, S. 312–327. Zur Wirksamkeit der IGB-Ortsgruppen Josef Windisch: *Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie*, in: Lothar F. Neumann (Hg.): *Die Ruhrkohle AG. Sozialökonomische Unternehmensbiographie eines Konzerns*, Bochum 1987, S. 66.
- 41 Zur Gründungsgeschichte der IGM Fritz Opel/Dieter Schneider: *75 Jahre Industriegewerkschaft 1891 bis 1966. Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zur Industriegewerkschaft Metall. Ein Bericht in Wort und Bild*, Frankfurt a. M. 1966, 2. Aufl., S. 355–363; Vorstand der Industriegewerkschaft Metall (Hg.): *100 Jahre Industriegewerkschaft Metall. Vom Metallarbeiter-Verband zur Industriegewerkschaft Metall. Ein Bericht in Wort und Bild*, Köln 1991, S. 355–363.
- 42 Vgl. Hermann Weber: *1890–1990. 100 Jahre Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik. Von den Verbänden der ungelernen Fabrikarbeiter, der Glas- und Porzellanarbeiter zur modernen Gewerkschaftsorganisation*, Köln 1990.

einer männlich dominierten Arbeitswelt war ein Anknüpfungspunkt für eine Identitätsbildung. Die Herstellung von Spitzenpositionen in der Lohnskala tat ein Übriges zu Stärkung des Selbstbewusstseins der Ruhrarbeiterschaft. Relativ selbstverständlich und unwidersprochen konnte die Bergarbeitergewerkschaft in der Nachkriegszeit dafür eintreten, dass der Bergmann an der Spitze der Lohnhierarchie stehen müsste.<sup>43</sup>

Gleichzeitig mit der Entwicklung regionalen Bewusstseins blieben in den 1950er und 1960er Jahren für zahlreiche Ruhrarbeiter schichtbezogene Selbstverortungen bestimmend.<sup>44</sup> Obwohl Weltwirtschaftskrise, Nationalsozialismus, Krieg und ‚Wirtschaftswunder‘ viele tiefgehende Erfahrungen hinterlassen hatten, veränderten sich sozioökonomische Verhältnisse, Erfahrungen in der Arbeitswelt und die berufshomogene Wohnweise nur langsam. Der Besitz langlebiger Konsumgüter oder die Urlaubsreise waren immer noch Sache einer Minderheit. Großen Teilen der Bevölkerung fehlte noch lange eine gut ausgestattete Wohnung von ausreichender Größe.<sup>45</sup> Erst die langsame Entspannung der Wohnungsnot ermöglichte ‚Privatheit‘ der Arbeiterfamilien, die ehemals ‚halboffenen‘ Familienstrukturen traten zurück.<sup>46</sup> In den Großbetrieben der Ruhr-Montanindustrie dürften sich trotz Veränderungen im Sozialklima proletarische Arbeits- und Lebensbedingungen und Deutungsmuster aufgrund der bis in die 1950er Jahre immer noch ausgesprochen autoritären Arbeitsbeziehungen länger erhalten haben als in der bundesrepublikanischen Gesellschaft insgesamt, in der sich Tendenzen einer Entproletarisierung zeigten.<sup>47</sup> Offenbar blieb das Ruhrgebiet aber in mancher Beziehung verspätet, die sozioökonomischen Strukturen ließen ein wohl eher diffuses Arbeiterbewusstsein bzw. ein Selbstbild ‚kleiner Leute‘ nur langsam verblassen.

Dass die ehemaligen politischen Lager trotz oft übersehener Ansätze eines Aufbaus lager- oder milieuspezifischer Strukturen nicht mehr die Trennschärfe der vorkommunistischen Zeit erreichten, führte zu einer Vereinheitlichung regionaler Mentalitäten.<sup>48</sup> Diese verblassenden

43 Z. B. Roseman: *Miners*, S. 54 ff.

44 Vgl. Paul Erker: *Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 218, 237; Christoph Kleßmann: *Elemente der ideologischen und sozialpolitischen Integration der westdeutschen Arbeiterbewegung*, in: Ludolf Herbst (Hg.): *Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration*, München 1986 (Schriftenreihe der VfZ, Sondernummer), S. III.

45 Vgl. Werner Abelshauer: *Die Langen 50er Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1966*, Düsseldorf 1987, S. 31, 85 ff.; Werner Plumpe: *Das Ende der Koloniezeit. Gedanken zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebiets in den 50er und frühen 60er Jahren*, in: Jan-Pieter Barbian/Ludger Heid (Hg.): *Die Entdeckung des Ruhrgebiets. Das Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen 1946–1996*, Essen 1997, S. 158 ff.

46 Vgl. Günther Schultz: *Wohnungspolitik und soziale Sicherung nach 1945. Das Ende der Arbeiterwohnungsfrage*, in: Klaus Tenfelde (Hg.): *Arbeiter im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1991, S. 506.

47 Vgl. Abelshauer: *Jahre*, S. 66; Jäger: *Lohn*, S. 370. Auch Weisbrod: *Arbeitgeberpolitik*, S. 160 f. weist auf das Fortwirken autoritären Vorstellungen bei den Führungsschichten im Bergbau hin.

48 Stefan Goch: *„Wie immer zu spät“*. Sozialdemokratische Vorfelddorganisationen im Ruhrgebiet zwischen Weltwirtschaftskrise und Restauration, in: Matthias Frese/Michael Prinz (Hg.): *Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert: Regionale und vergleichende Perspektiven*, Paderborn 1996, S. 715–729. Vgl. auch Alexander von Plato: *Lebenswelten und politische Orientierungen im Revier. Zur Struktur politischen Bewusstseins bei Arbeitern und Unternehmern im Ruhrgebiet*, in: Dascher/Kleinschmidt, S. 291 f.; Karsten Rudolph: *SPD und Ruhrgebiet: „Sozialdemokrati-*

Milieustrukturen, die die Ruhrgebietsgesellschaft in große, nicht immer sehr homogene politische Lager – Katholiken, Protestantisch-Nationale, Sozialdemokraten, Kommunisten, aber auch Unpolitische und Entwurzelte – zerteilt hatten, konstituierten angesichts der sozialen Einheitlichkeit der regionalen Bevölkerung seit der Nachkriegszeit noch einmal eine neue regionale politische Kultur: In den Nachkriegsjahren entstand aus der Verbindung industriedörflicher Zergliederung der Region und ihrer Städte, der Durchsetzung der Montanmitbestimmung<sup>49</sup> in Betrieben und Unternehmen sowie den Notwendigkeiten der Wiederaufbaupolitik auf der lokalen und kommunalen Ebene ein regionsspezifisches Politikmuster, für das sich der Begriff der „basisnahen Stellvertretung“ eingebürgert hat. Anknüpfend an alte sozialdemokratisch-freigewerkschaftliche Traditionen einer Politik der Teilhabe und des Klassenkompromisses entstand unter den Bedingungen des schwerindustriell geprägten Ruhrgebiets mit seinen korporatistischen Strukturen dieses Politikmodell, in dem sozialdemokratischen Eliten aus gewerkschaftlichen, kommunalpolitischen und parteipolitischen Multifunktionären die zentrale Rolle der Vermittlung zwischen Arbeiterleben und Ökonomie, Politik und Gesamtgesellschaft zukam. Der Niedergang älterer Solidarstrukturen machte das an Stellvertreterhandeln ausgerichtete Politikmodell der Sozialdemokraten zum einzig akzeptierten Konzept der kollektiven Interessenvertretung. In diesem Modell artikulierten nun Gewerkschafter und Sozialdemokraten das Emanzipationsstreben der Ruhrgebietsbevölkerung und deren Anspruch auf Gerechtigkeit und soziale Sicherheit. Die Ruhr-SPD sowie ihre gewerkschaftlichen und politischen Funktions- und Mandatsträger wurden in gewisser Weise Ausdruck der kollektiven Erfahrungen der ‚kleinen Leute‘ in den Industriestadtteilen des Ruhrgebiets und entwickelten als deren Interessenvertreter in der Region eine spezifische ‚Kultur des kleinen Mannes‘, die als „Neuformation eines um Gewerkschaften, Großbetriebe und kommunale Institutionen zentrierten politisch-sozialen Milieus“ bezeichnet werden kann.<sup>50</sup>

sierung“ einer Region?, in: Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung 18 (1997), S. 173 f.

- 49 Gabriele Müller-List: Montanmitbestimmung. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951, Düsseldorf 1984; dies.: Neubeginn bei Eisen und Stahl im Ruhrgebiet. Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie 1945–194, Düsseldorf 1990; Norbert Ranft: Vom Objekt zum Subjekt. Montanmitbestimmung, Sozialklima und Strukturwandel im Bergbau seit 1945, Köln 1988; Gloria Müller: Strukturwandel und Arbeitnehmerrechte. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945–1975, Essen 1991.
- 50 Michael Zimmermann: „Geh zu Hermann, der macht dat schon“. Bergarbeiterinteressenvertretung im nördlichen Ruhrgebiet, in: Lutz Niethammer (Hg.): „Hinterher merkt man, dass es richtig war, dass es schief gegangen ist“. Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin/Bonn 1983, S. 277–310; ders.: Basisnahe Stellvertretung. Zur sozialdemokratischen Dominanz im Ruhrgebiet, in: Revierkultur 2 (1987), H. 2, S. 46–53; Alexander von Plato: Nachkriegssieger. Sozialdemokratische Betriebsräte im Ruhrgebiet. Eine lebensgeschichtliche Untersuchung, in: Niethammer: Hinterher, S. 311–359; Alexander von Plato: „Der Verlierer geht nicht leer aus“. Betriebsräte geben zu Protokoll, Berlin/Bonn 1984; Bernd Faulenbach: Mitbestimmung und politische Kultur im Ruhrgebiet, in: Helmut Martens/Gerd Peter (Hg.): Mitbestimmung und Demokratisierung. Stand und Perspektiven der Forschung, Wies-

Längerfristig dürfte die größte Änderung für die in der Region noch lange dominierende Arbeiterbevölkerung mit der aus der Arbeiterschaft aufgestiegenen Angestelltenschaft, die noch lange die Mehrheit der Einwohnerschaft stellte, die Veränderung des Lebensstandards gewesen sein, auch wenn sich durch die dann schon früh einsetzende Kohlekrise bald wieder Sorgen zumindest bei der Bergarbeiterschaft breit machten. Die Begriffe ‚Wirtschaftswunder‘ und ‚Konsumgesellschaft‘ umschreiben einen umfassenden Wandel: 1950, nur fünf Jahre nach dem Untergang des ‚Dritten Reiches‘, erreichten die Reallöhne das Niveau von 1913 und 1928 und verdoppelten sich bis zum Beginn der 1960er Jahre. Zwischen 1949 und 1973 vervierfachten sich etwa die Realeinkommen, bei in den 1950er und 1960er Jahren dauerhafter Vollbeschäftigung.<sup>51</sup> Im Laufe der 1950er und 1960er Jahre kam im Kontext erheblicher finanzieller Spielräume der öffentlichen Hand, die sich aus der prosperierenden Wirtschaftsentwicklung ergaben, auch der Ausbau der Sozial(versicherungs)systeme voran, die die wichtigsten sozialen Risiken wie Krankheit, Alter, Tod des Ernährers so weit absicherten, dass die tiefe Not vergangener Jahrzehnte doch vielfach verhindert werden konnte.<sup>52</sup> Bis zum Ende der 1950er Jahre wurde der Nachholbedarf gedeckt, Konsumwellen erfassten die Westdeutschen. Urlaub, Motorisierung sowie die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern wurden auch für Arbeitnehmerhaushalte erschwinglich. Faktisch bestimmten aber weniger Konsumwellen die Lebensgestaltung der Arbeitnehmerfamilien, als dass die verbesserte Lohnposition Differenzierungen im Konsum und plurale Lebensstile zuließ – im Unterschied zu einer auf die Erfüllung von Grundbedürfnissen zugeschnittenen ärmlichen Haushaltsökonomie.<sup>53</sup>

baden 1989, S. 216–228; ders.: Die Herausbildung eines neuen sozialdemokratischen Milieus nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Friedemann/Seebold, S. 450–458; Zitat bei Karl Rohe: Regionale (politische) Kultur: Ein sinnvolles Konzept für die Wahl- und Parteienforschung?, in: Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt (Hg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991, S. 33.

- 51 Michael Wildt: Das Ende der Bescheidenheit. Wirtschaftsrechnung von Arbeitnehmerhaushalten in der Bundesrepublik Deutschland 1950–1963, in: Tenfelde: Arbeiter, S. 573; Gerold Ambrosius/Hartmut Kaelble: Einleitung: Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen des Booms der 1950er und 1960er Jahre, in: Hartmut Kaelble (Hg.): Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa, Opladen 1992, S. 17 ff.; Michael Wildt: Am Beginn der ‚Konsumgesellschaft‘. Mangelersparung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren, Hamburg 1994. Vgl. auch Werner Plumpe: Der Geist der fünfziger Jahre. Die Jahre 1948–1958, in: Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte. Aspekte und Konturen 1946–1996, Münster 1996, S. 158.
- 52 Vgl. Ambrosius/Kälble, S. 29; Hans Günter Hockerts: Vorsorge und Fürsorge. Kontinuität und Wandel der sozialen Sicherung, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Frankfurt a. M. 1993, S. 223–241.
- 53 Vgl. Wildt: Ende, S. 588; Ambrosius/Kälble, S. 20 ff.; Michael Wildt: Privater Konsum in Westdeutschland in den 50er Jahren, in: Schildt/Sywottek, S. 275–289; ders.: Beginn. Vgl. Stefan Goch: Aufstieg der Konsumgesellschaft – Niedergang der Milieus? Viele Fragen, in: Michael Prinz (Hg.): Der lange Weg in den Überfluss. Anfänge und Entwicklung einer Konsumgesellschaft seit der Vormoderne, Paderborn 2003, S. 413–436.

## Selbstwahrnehmung im Strukturwandel

Bevor die Kohlekrise ausbrach und sich der Niedergang der Montanindustrie mit immer neuen Krisenhöhepunkten vollzog, hatte das Ruhrgebiet angefangen, sich als Region selbst zu erkennen und in einem regionalen Politikmodell zu handeln. Es bildeten sich auf der Grundlage eines trotz aller innerräumlichen Differenzierungen einheitlichen Raumschicksals Anfänge eines regionalen Selbstbewusstseins heraus, das die ansonsten konflikthaft untereinander verbundenen Akteure in der Region teilten. Die Krise im Ruhrgebiet mit seinen 5,4 Mio. Einwohnern sollte als verspäteter und nachholender Strukturwandel besondere Ausmaße annehmen: Zweimal, durch die Rüstungspolitik der Nationalsozialisten und dann durch den Wiederaufbau, war das Ruhrgebiet daran gehindert worden, sich frühzeitig dem ökonomischen Strukturwandelprozess anzupassen. Als am 22. Februar 1958 die ersten Feierschichten im Ruhrbergbau verfahren wurden, existierten im Ruhrgebiet 136 Zechen mit 488.941 Beschäftigten. In der Gegenwart arbeiten im westdeutschen Steinkohlenbergbau noch etwa 40.000 Menschen. In der eisenschaffenden Industrie sank allein im Bereich der Roheisen-, Rohstahl- und Walzstahlerzeugung die Zahl der Arbeitsplätze von 219.000 im Jahr 1958 auf gegenwärtig gut 40.000. Der weit über die Arbeitsplatzverluste bei Kohle und Stahl hinausgehende Abbau von Arbeitsplätzen in den Ruhrgebietsstädten zeigt, dass mit jedem Arbeitsplatz im Bergbau oder in der Eisen- und Stahlindustrie weitere Arbeitsplätze bei vernetzten Betrieben verloren gingen.<sup>54</sup>

Die Kohlekrise und der Arbeitsplatzabbau stärkten das basisnahe Politikmodell aber zunächst weiter, weil sozialdemokratische Belegschaftsvertreter und Kommunalpolitiker bei der sozialen Abfederung der Folgen des Strukturwandels Verteilerstellen für die Sozialpläne bzw. die diversen Sozialmaßnahmen waren. Sozialdemokraten und Gewerkschafter versuchten mit Hilfe der öffentlichen Subventionierung nicht ohne Erfolg, den Arbeitsplatzabbau sozial gerecht zu gewährleisten, und vergrößerten so eher noch ihren Einfluss.<sup>55</sup> Die Arbeiterschaft des Reviers erhoffte sich von den gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Organisationen und deren basisnahen Eliten weiterhin die Organisation eines auskömmlichen Lebens und Schutz vor den Folgen der Krise, d.h. im Falle der Krise der Montanindustrie wenigstens eine erträgliche soziale Abfederung.<sup>56</sup> Diese Hoffnungen der Ruhrberger Arbeiterschaft konnten die Arbeitnehmervertreter erfüllen. Das ruhrgebietsstypische Politikmodell der basisnahen Stellvertretung existierte also fort, es wurde angesichts der Stärke der SPD sogar zu einer politisch-kulturellen Hegemonie ausgebaut. Noch der Untergang der Montanindustrie stärkte das auf Kooperation und Ausgleich zielende Modell: Die Interessengegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und ihren Organisationen verloren unter dem Druck der Krise und dem gemeinsamen Interesse an der Abfederung des Niedergangs der Montanindustrie an Bedeutung. Im betrieblichen Bereich wurde es daher einfacher, Maßnahmen der sozialen Abfederung zu erreichen. Die gewerkschaftlichen Vertreter

54 Goch: *Region*, S. 156 ff.

55 Zum gestiegenen Einfluss der Betriebsräte während der Zechenstilllegungen auch Lauschke, S. 139.

56 Zu entsprechendem Arbeiterbewusstsein Josef Esser/Wolfgang Fach/Werner Väh: *Krisenregulierung. Zur politischen Durchsetzung ökonomischer Zwänge*, Frankfurt a.M. 1983, S. 208–221.

hatten auch mit der Gründung der Ruhrkohle AG einen Zustand erreicht, der es weitgehend verhinderte, dass irgendein Ruhrbergmann ‚ins Bergfreie‘ fiel. Bis zur Verschärfung des sozialen Klimas seit den 1980er Jahren konnten Betriebsräte und Gewerkschaften auch in der Eisen- und Stahlindustrie für eine sozialverträgliche Bewältigung des Strukturwandels sorgen. Insgesamt gewährleistete das regionale Politikmodell der Sozialpartnerschaft wenigstens eine soziale Abfederung des Strukturwandels, der in anderen Regionen wesentlich bruchhafter und für die Betroffenen brutaler verlief. Mit der sozialen Bewältigung des Strukturwandels blieb die meist von Sozialdemokraten deutlich dominierte Gewerkschaft weiter eine zentrale Institution im Ruhrgebiet. Beispielsweise war auch noch 1991 jeder vierte Duisburger Mitglied einer DGB-Gewerkschaft.<sup>57</sup> Die SPD wurde mit ihren (auch eingelösten) Forderungen nach sozialem Ausgleich und Abfederung der Folgen des Strukturwandels die dominante Partei, die Krise erzeugte ein ‚Wir-Gefühl‘, korporatistische Strukturen der Konsenssuche wurden zu einem Kennzeichen politischen Verhaltens im Ruhrgebiet.<sup>58</sup>

Im Strukturwandel verstärkte sich also das regionale Selbstbewusstsein, und es erfolgte nun eine innere Regionsbildung, auch in der Abgrenzung nach außen gegen die Gegner eines sozialverträglichen und zeitlich gestreckten Strukturwandels im Ruhrgebiet. Die relative soziale Homogenität im Ruhrgebiet, die Einheitsgewerkschaften, die Abschwächung konfessioneller Schranken, die Durchsetzung der Montanmitbestimmung und tripartistischer Arbeitsbeziehungen sowie die Erfahrungen des Nationalsozialismus waren wesentliche Voraussetzungen zur Überwindung alter Fragmentierungen der Ruhrgebietsgesellschaft. Um die Gewerkschaften, insbesondere die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, wie um die Ruhr-Sozialdemokratie bildete sich ein korporatistisches, oft auf zentrale Personen bezogenes Geflecht, in dem die Interessen der kleinen Leute an Ruhr und Emscher artikuliert werden konnten. Dabei waren die in der regionalen politischen Kultur vorhandenen Vorstellungen zu Fragen der Bewältigung des sozioökonomischen Wandels geprägt von einem defensiven Misstrauen gegen ‚die da oben‘, einem arbeitnehmerorientierten Korporatismus, einer Grundorientierung an Solidarität und Gerechtigkeit sowie einem ausgesprochenen Pragmatismus.<sup>59</sup> Bei der Entwicklung der regionalen politischen Kultur haben unzutreffende Blicke von außen und der Kampf der bis zur Gegenwart politisch-administrativ zersplitterten Region und ihrer Menschen für die notwendigen öffentlichen Mittel zur öko-

57 Jürgen Dzudzek: Von der Gewerksgenossenschaft zur IG Metall. Zur Geschichte der Metallgewerkschaften in Duisburg, Oberhausen 1991, S. 10.

58 Vgl. Bernd Faulenbach: Merkmale und Entwicklungslinien der politischen Kultur des Ruhrgebiets, in: Bovermann/Goch/Priamus, S. 373 f.

59 Vgl. Bernd Faulenbach: Montanindustrielle Struktur und politische Kultur im Ruhrgebiet. Zur neueren Diskussion, in: Jahrbuch Arbeit und Technik in NRW 2 (1987), S. 412; ders.: Herausbildung, S. 450–458. Vgl. Karl Rohe: Vom sozialdemokratischen Armenhaus zur Wagenburg der SPD. Politischer Strukturwandel in einer Industrieregion nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987), S. 531. Lutz Niethammer: „Normalisierung“ im Westen. Erinnerungsspuren in die 50er Jahre, in: Gerhard Brunn (Hg.): Neuland. Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/46, Essen 1986, S. 206, stellt fest, dass das ‚Wirtschaftswunder‘ und die Stabilisierung der Lebensverhältnisse unter der Ruhrarbeiterschaft „keine Illusion einer klassenlosen Gesellschaft“ begründeten.

nomischen, sozialen und seit vielen Jahren auch ökologischen Bewältigung des Strukturwandels die Region zusammenschweißt. In den Auseinandersetzungen mit Akteuren außerhalb der Region sind vor dem Hintergrund sozialer Kämpfe und tripartistisch geprägter Arbeitsbeziehungen spezifische gesellschaftspolitische Vorstellungen entstanden wie ein gerne beschworenes soziales Gewissen, später auch die ‚Versöhnung‘ von Ökonomie und Ökologie und ein Selbstbild einer regionalen Gesellschaft kleiner Leute. Das bis zur Gegenwart verbreitete Selbstbild des Schmelzriegels ist zwar ein „von der Wirklichkeit nur teilweise bestätigter Mythos“. <sup>60</sup> Als klassische Einwandererregion, in der zumindest nicht allzu viele offene ethnische Konflikte bekannt sind, versteht man sich in der Region aber als relativ offen und tolerant. Dieses Selbstbild verhindert aber gleichzeitig bei der mentalen Konstruktion der Region, dass man allzu scharfe Grenzziehungen vornimmt – die ‚mental maps‘ weisen also nur verhältnismäßig schwache Grenzen auf.

In den 1990er Jahren haben sich die regionale Politik und die regionale politische Kultur aber deutlich verändert: Während sich die Ruhr-Sozialdemokratie in den 1970er und 1980er Jahren in den Ruhrgebietsstädten noch scharfe, in aller Öffentlichkeit ausgetragene Auseinandersetzungen mit der nachgewachsenen Generation und den in der Region allerdings zunächst schwachen neuen sozialen Bewegungen leisten konnte, konnte sich auch die im Ruhrgebiet weiter dominante SPD in den 1990er Jahren keine wirklichen Skandale oder größeren politischen Fehler mehr leisten. Dies lag weniger an einer effektiven Opposition als an den Wählern, die durch Wahlenthaltung und seltener durch die Wahl anderer Parteien die Mehrheiten der SPD zumindest vorübergehend zerstörten. Ein Teil des SPD-Erfolges beruhte nun verstärkt auf den Leistungen der Partei und ihrer Führungspersonlichkeiten, wie eben auch Misserfolg auf Fehler in der lokalen Politik und das Versagen lokaler Politiker zurückging. Nach dem schlechten Start der 1998 gewählten rot-grünen Bundesregierung stellte die Kommunalwahl vom September 1999 einen tiefen Einschnitt dar: Die SPD verlor ihre Mehrheit in zahlreichen Ruhrgebietsstädten, und nach der neuen Kommunalverfassung stellte die CDU zahlreiche direkt gewählte (Ober-)Bürgermeister. Allerdings fiel der Sieg der CDU nur relativ beeindruckend aus, denn die Partei konnte ihr Wählerpotenzial lediglich geringfügig ausbauen. Die CDU profitierte nur von der Wahlenthaltung vieler Menschen. So verlor die SPD im gesamten Revier ihre dominante Stellung – wo dann noch lokale Skandale und ein nicht überzeugendes Kandidatenangebot hinzukamen, reichte das ‚Polster‘ der Sozialdemokraten nicht mehr, um den Bürgermeisterkandidaten durchzubringen und die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung zu erreichen. <sup>61</sup> Trotz bundespolitischer

60 Dietmar Petzina: Die Erfahrung des Schmelzriegels. Zur Sozialgeschichte des Ruhrgebiets, in: Dürr/Gramke, S. 46.

61 Beispiel Essen bei Yvonne Rieker/Michael Zimmermann: Wenn die Bürger aufbegehren, hat das nachhaltige politische Folgen. Überlegungen zur Kommunalwahl-Niederlage der Essener SPD, in: Standorte (1999/2000), Jahrbuch Ruhrgebiet, Essen 1999, S. 23–31; zur Interpretation des Wahlergebnisses auch Uwe Dorow: Die alte „Trumpfkarte“ der SPD, die Jugend, scheint nicht mehr zu stechen. Abschied von der Hegemonie im Ruhrgebiet, in: ebd., S. 32–37. Vgl. auch Hermann Bömer: Ruhrgebietspolitik in der Krise. Kontroverse Konzepte aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verbänden, Dortmund 2000, S. 9, 160–164.

Schwierigkeiten der Sozialdemokraten zeigten die Kommunalwahlen von 2004 schließlich, dass die CDU im Ruhrgebiet strukturell nicht mehrheitsfähig ist, allerdings von Fehlern der SPD profitieren kann. Freilich ist die SPD im Ruhrgebiet heute auch keine hegemoniale Kraft mehr.

Ansteigende Wahlergebnisse für die grüne Partei, absinkende Wahlbeteiligung und ein deutlich gesunkener Mobilisierungsgrad der Sozialdemokratie zeigen aber auch schon seit längerer Zeit Erosionsprozesse an und verweisen auf den fortschreitenden sozialen Wandel und auf Desintegrationsprozesse in der Ruhrgebietsgesellschaft. Mit dem Untergang der Montanindustrie und den Maßnahmen zur Qualifizierung der nachfolgenden Generationen hat sich im Ruhrgebiet auch die Bevölkerung erheblich ausdifferenziert. Die Struktur der Bevölkerung hat sich mehr derjenigen in anderen Ballungsräumen angeglichen. In dieser sich rasch wandelnden Gesellschaft ist politische Mehrheitsfähigkeit nun viel schwerer zu erreichen.

### **Übernahme der mentalen Regionsbildung durch neue Mittelschichten**

Wie auch die politischen Wahlen zeigten, vollzog sich im Zuge des Strukturwandels, insbesondere im Kontext der Bildungspolitik, ein sozialer Differenzierungsprozess in der Region, in dem sich intergenerationell neue Mittelschichten herausbildeten, allerdings auch Gruppen von ‚Modernisierungsverlierern‘,<sup>62</sup> die an den Rand der regionalen Gesellschaft gedrückt wurden. Gleichzeitig erfolgte eine weitere Phase nachholender Urbanisierung, in der weiterführende Schulen, Universitäten, Fachhochschulen, Weiterbildungseinrichtungen, soziale Einrichtungen und vor allem auch Kultureinrichtungen entstanden oder ausgebaut wurden. Mit dem Verschwinden der klassischen Montan- und Altindustrie, dem Verblässen konkreter Erinnerungen an das ‚alte Ruhrgebiet‘ und dem Nachlassen der Wirkungsmächtigkeit der um Gewerkschaften und Sozialdemokratie geflochtenen Netzwerke hat ein Wechsel in der Trägerschaft des regionalen Bewusstseins stattgefunden: Zu dessen Trägern sind die differenzierten Mittelschichten geworden. Sie nehmen das Ruhrgebiet als Region im Wandel wahr und knüpfen in ihren Bildern von der Region an deren montanindustrielle Vergangenheit an.

Differenzierte soziale Mittelschichten und Teile der Arbeitnehmerschaft identifizieren sich deutlich mit der Region, mit der sie auch gute Erfahrungen gemacht haben. Vor dem Hintergrund der Strukturwandelprobleme sind nicht nur „negative Meinungen“ zu den Städten und der Region verbreitet.<sup>63</sup> Weder für die früheren Bergleute noch für den weit überwiegenden Teil der früheren Belegschaften der Großbetriebe, die nicht ‚ins Bergfreie‘ fielen, ist der Strukturwandel trotz Verlusterfahrungen eine rein negative Erfahrung. Natürlich gibt es im Ruhrgebiet arme Rentnerinnen und Rentner, aber auch die gerade verster-

62 Vgl. Klaus Peter Strohmeier: Bevölkerungsentwicklung und Sozialraumstruktur im Ruhrgebiet, Essen 2002.

63 So noch Friedrich Landwehrmann u. a.: Zielgruppe unbekannt? Kommunale Öffentlichkeitsarbeit im Ruhrgebiet, Essen 1971, Bd. 1, S. 32 und 34.

bende Generation der ‚reichen Bergbauwitwen‘ ist sprichwörtlich. Und intergenerationell gibt es viele Aufstiegserfahrungen in die Mittelschichten – idealtypisch etwa das katholische Mädchen, das zur Zeit seiner Geburt kaum eine Chance zu haben schien und nun als Oberstudienrätin in Pension geht, die Bergarbeiterkinder, die in den öffentlichen Verwaltungen aufgestiegen sind oder die Kinder der zu Angestellten aufgestiegenen Arbeiter, die als Studierende nun diverse leitende Funktionen ausüben. Und wo vor einer Generation fast nur die Söhne der schmalen bürgerlichen Schichten das Gymnasium besuchten, gehen heute mit innerregionalen Unterschieden so viele Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs auf weiterführende Schulen, wie anderswo auch – und sei es auf die Gesamtschulen als ‚Gymnasien der kleinen Leute‘. Die erst seit den 1960er Jahren gegründeten Hochschulen sind gerade im Ruhrgebiet besonders an der regionalen Bevölkerung orientiert, die mit einer manchmal auch zu bedauernden Bodenständigkeit in der Region bleibt. Etwa 160.000 Studenten studieren in der Gegenwart an den Hochschulen des Ruhrgebiets, etwa 500.000 in ganz Nordrhein-Westfalen.<sup>64</sup> In NRW wurden und werden auch Probleme der Region bearbeitet. Mit jeweils unterschiedlichen Orientierungen wurden hier Kristallisationspunkte geschaffen, die die Selbstwahrnehmung des Ruhrgebiets mitgestalteten. Von der Aufarbeitung der Geschichte der Region bis hin zu konkreter Politikberatung gingen wesentliche Impulse von den Hochschulen und den damit verbundenen Einrichtungen aus.

Die Wahrnehmung des Ruhrgebiets als eine einheitliche Region durch die neuen Mittelschichten dürfte durch deren Lebensweise mindestens mitverursacht sein. Hier ist nämlich in stärkerem Maße eine neue regionale Lebensweise entstanden im Unterschied zu der alten kleinräumigen, um Zeche bzw. Großbetriebe und Siedlungen zentrierten Lebensform. Diese neuen Mittelschichten haben eine größere innerregionale Mobilität und Beweglichkeit: Aus den Stadtteilen kommend sind sie zu den in den Ruhrgebietsstädten zentraler gelegenen weiterführenden Schulen gegangen. Anschließend haben sie die Ruhrgebietsuniversitäten besucht, die in hohem Maße ‚Fahr-Universitäten‘ sind, weil man im Ruhrgebiet oft noch ‚zu Hause‘ wohnt. Studentische Szenen entstehen nur langsam – wie das Bochumer ‚Bermuda-Dreieck‘. Die Berufe und die Orte, an denen sie ausgeübt werden, stellen keine Besonderheit dar – da ist der differenzierte Bereich des öffentlichen Dienstes, der große Bildungsbereich bis hin zu den Hochschulen, notwendig kleinbetriebliche freie Berufe von Ärzten bis zu Rechtsanwälten, die vielen Firmenzentralen, aber – oft übersehen – auch die vielen neuen technischen Berufe an neuen Produkten und Produktionslinien im ganzen Ruhrgebiet mit ihren jeweiligen Kristallisationspunkten sowie schließlich der Kultur- und Freizeitbetrieb von ‚Arena AufSchalke‘ bis Alto-Theater Essen. Seit einigen Jahren bestehen im Reproduktionsbereich um Gastronomie, Kinos, Theater und andere Örtlichkeiten regionale Treffpunkte unterschiedlicher neuer sozialer Schichten, vor allem der über Bildung und Ausbildung in die Mittelschichten gelangenden Menschen. So wurde nun von neuen regionalen Gruppen auch regional gelebt, Wahrnehmung der Gesamtregion und gesamtregionale Realität kamen so zusammen. Möglicherweise belegt ein Beispiel aus dem in der Region so

64 Rolf-Dieter Volmerig: Hochschulen im Ruhrgebiet. Entwicklung – Funktion – Transfer, in: Dürr/Gramke, S. 87–107.

wichtigen Fußballsport die wachsende Einsicht in die Gemeinsamkeiten: Nachdem 1997 Dortmund die Champions-League gewonnen hatte und (Gelsenkirchen-)Schalke den UEFA-Cup und die Menschen „Ruhrpott, Ruhrpott“ brüllten, gestand selbst der ‚Fußball-Kaiser‘ Beckenbauer zu, dass das Herz des deutschen Fußballs im Ruhrgebiet schlägt.<sup>65</sup> Solche positiven, auch außen erkannten Gemeinsamkeiten sowie der kritische Blick auf das Ruhrgebiet verstärken die Herausbildung einer Vorstellung von der eigenen Region: So lässt nicht nur ein Selbstbewusstsein der Ruhrgebietler, sondern auch die Charakterisierung als altindustrielle Region im Wandel und die Zuschreibung einer regionalen (politischen) Kultur von außen das Ruhrgebiet zur erkennbaren Region werden.<sup>66</sup>

Da den neuen Mittelschichten im Ruhrgebiet bürgerliche Vorbildkulturen und eine traditionelle Urbanität fehlten, bildeten sie spezifische kulturelle Prägungen aus, die sich insbesondere an den Erfahrungen mit dem Strukturwandel und dessen Bewältigung orientieren. Während die neuen und wachsenden Mittelschichten dabei sind, eigene Verhaltens-, Lebens- und Denkweisen auszubilden, verlieren sich im schmalen alten Bürgertum wie in den Arbeitermilieus die alten Prägungen sowie Bindungen und gehen in der diffusen Heterogenität der neuen Mittelschichten auf. Zu den schwer abzugrenzenden Mittelschichten im Ruhrgebiet gehören das konventionelle Stadtbürgertum, die gegenüber vergleichbaren Regionen weiterhin zahlenmäßig eher schwach vertretenen alten und neuen Selbstständigen als Äquivalent des alten Wirtschaftsbürgertums, als Bildungsschicht die akademischen Berufe bzw. die entsprechend ausgebildeten freien Berufe, die Funktionseliten der lokalen Wirtschaft, Politik und Administration sowie die für die Region relativ neuen Bildungsschichten aus ganz unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern bis hin zur Kulturwirtschaft. Gemeinsam sind großen Teilen der Mittelschichten Aufstiegserfahrungen und gegenüber dem Herkunftsmilieu Erfahrungen mit der Suche nach eigenen Wegen und vor allem generationspezifische Erfahrungen aus der Bildungsexpansion, der Populärkultur seit den 1960er Jahren und den neuen sozialen Bewegungen sowie ein kritischer Blick auf den Wandel im Kontext der Einsicht in die Janusköpfigkeit der Moderne.<sup>67</sup> Im Ruhrgebiet, der früher so unbürgerlichen Region, verbindet die Mittelschichten jedoch besonders die gemeinsame Aufstiegserfahrung. Die Mittelschichtangehörigen ‚erster Generation‘ sind dabei ausgesprochen sesshaft, an die Region gebunden, verbinden mit einigem Stolz ihre Aufstiegserfahrung mit dem Strukturwandel in der Region und pflegen dabei auch das industriekulturelle Erbe und eine regionale Erinnerungskultur.<sup>68</sup> Nicht nur die junge Geschichte der neuen Mittelschichten und ihre Verbundenheit mit ihrer sozialen Herkunft, auch die vielfach gemeinsame Lebens-

65 Sebastian Kisters: „Ruhrpott, Ruhrpott“. Wie die Europapokaltriumphe von Schalke 04 und Borussia Dortmund Image und Identität des Ruhrgebiets veränderten ..., Bochum 2000, S. 1.

66 Vgl. Blotevogel: Kohlenrevier, S. 47.

67 Vgl. Klaus Tenfelde: Die „neue Mitte“ im Ruhrgebiet. Sozialstruktur und Vergesellschaftung in der Nachkriegszeit. Vortrag bei der Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität Bochum e. V., 14.6.2000 (Ms.), S. 16 f.; Ulrich Heinemann: Die neue soziale Mitte. Was sie prägt und wie man mit ihr Politik macht, in: Karsten Rudolph u. a. (Hg.): Reform an Rhein und Ruhr. Nordrhein-Westfalens Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 2000, S. 171 f.

68 Heinemann: Mitte, S. 175; Tenfelde: Bewusstsein, S. 13–17.

lage der differenzierten, überwiegend angestellten Mittelschichten verhindert allzu große Individualisierung. So kann sich ein Arbeitnehmerbewusstsein auch unter den angestellten Mittelschichten fortsetzen.

Ein zentrales Problem stellt sich in der Gegenwart und Zukunft aber zur Wahrnehmung der Region durch differenzierte Mittelschichten und deren kognitiven Konstruktion der Region Ruhrgebiet: So sind die Handlungsräume der differenzierten Mittelschichten nämlich durchaus unterschiedlich, die Region insgesamt hat mit dem Strukturwandel auch viel an Gemeinsamkeit verloren – z. B. sind die Unterschiede zwischen den Hellwegstädten und den armen ehemaligen Industriedörfern im Norden immer größer geworden und wachsen weiter. In den Städten, der Region und auch über die Grenzen hinaus sind Segregationstendenzen festzustellen, die ökonomischen Strukturen haben sich auseinander entwickelt usw. So ist schließlich fraglich, ob angesichts regionaler und sozialer Differenzierung dauerhaft eine recht breite Einheit in Selbstwahrnehmung und dann auch gemeinschaftlichem Handeln fortbestehen kann.<sup>69</sup> Auch für das Ruhrgebiet stellen sich damit Fragen nach der Kohäsion in modernen Gesellschaften.

## Ruhrstadt-Debatten

Wie schon in den früheren Phasen beschleunigten ökonomischen und sozialen Wandels, provozierte auch der umfassende Strukturwandel des Ruhrgebiets neue Debatten um die regionale Handlungsfähigkeit. Bei der Wahrnehmung der sozioökonomischen Strukturprobleme wurde also die vor allem politisch-administrativ nicht vorhandene Region als Region erkannt und damit eine kognitive Raumvorstellung entwickelt. Zunächst forderte 1968 der Direktor des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk auf einer viel beachteten Pressekonferenz vor dem Hintergrund der erneuten Runde von Zechenschließungen mit massiven Arbeitsplatzverlusten eine Reorganisation des Ruhrgebiets als „Weltstadt Ruhrgebiet“.<sup>70</sup> Eine kommunale Neuordnung im Bereich des Ruhrgebiets Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre mit der Beseitigung der selbstständigen Mittelstädte wurde aber aus Angst vor dem starken Ruhrgebiet mit einer Wegnahme der regionalen Planungskompetenz und der Umwandlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk in den Kommunalverband Ruhrgebiet verbunden.<sup>71</sup> Und obwohl mit Hilfe öffentlicher Fördergelder zur Bewältigung des Strukturwandels und der Mittel aus der keynesianischen Globalsteuerung sowie gezielter Fördermaßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen die Ruhrgebietsstädte in den 1970er Jahren rasch modernisiert wurden und eine Reihe starker Oberbürgermeister die roten Ruhrgebietsrathäuser beherrschte, flackerte die Debatte um die Gestaltung der regionalen Ebene immer wieder auf. Ende der 1980er Jahre begann von neuem eine Debatte um eine

69 Vgl. auch Diskussion dieser Problematik bei Blotevogel: *Region*, S. 453–488.

70 Jürgen Reulecke: *Metropolis Ruhr? Regionalgeschichtliche Aspekte der Ruhrgebietsentwicklung im 20. Jahrhundert*, in: ders.: *Vom Kohlenpott zu Deutschlands „starkem Stück“*. Beiträge zu einer Sozialgeschichte des Ruhrgebiets, Bonn 1990, S. 187.

71 Vgl. Stefan Kühn: *Der Kommunalverband Ruhrgebiet als regionale Interessenvertretung*, in: Bovermann/Goch/Priamus, S. 97–109.

Regionalreform mit den etwas spröden Forderungen nach einem Regierungsbezirk für das Ruhrgebiet.<sup>72</sup> Mit der Diskussion um Verwaltungsreformen und innovative Ansätze einer regionalisierten Strukturpolitik kam diese Debatte fortan nicht mehr zum Erliegen.

Auf der eher kognitiven Ebene begann seit den späten 1970er Jahren auch eine ausgesprochene Konjunktur der Beschäftigung mit der Ruhrgebietsgeschichte, nachdem sich zunächst nur wenige Geschichtsbewusste und einige frühere Montanbeschäftigte um die Erhaltung und Präsentation des industriekulturellen Erbes bemüht hatten. Insbesondere wurde nun im traditionell in dieser Beziehung schnelllebigen und traditionsvergessenen Ruhrgebiet der Wert der materialen und baulichen Überlieferung der Industriegeschichte erkannt. Auch der Kampf um die Erhaltung von Werksiedlungen und schließlich einer Reihe weiterer historischer Gebäude gehört in diesen Zusammenhang. Bis in die Gegenwart werden als sinnstiftende Elemente des Identitätsgefühls der Ruhrgebietsbevölkerung und Ausdruck ihrer regionalen politischen Kultur bauliche Zeugnisse der Ruhrgebietsgeschichte mit z. T. hohem Aufwand erhalten. Im Zusammenhang der Internationalen Bauausstellung Emscher Park (1989–1999) wurden vielerorts in der Emscherzone erhaltene und restaurierte Industriedenkmale nicht nur für museale Nutzung zur Verfügung gestellt, sondern auch neuen Nutzungsmöglichkeiten zugeführt. Sie verkörpern damit das alte ebenso wie das neue Revier und den permanenten Wandel als ein Strukturelement der regionalen politischen Kultur.<sup>73</sup> Mittlerweile ist erkannt worden, dass sich im Wettbewerb um regionale Entwicklungschancen das industriekulturelle Erbe zur Selbstdarstellung und zur Inszenierung von Einzigartigkeit eignet. Hinzu kommt, dass Freizeitwirtschaft, Tourismus und Kulturwirtschaft im Unterschied zu altindustriellen Wirtschaftszweigen als prosperierende Branchen erkannt werden. Im Ruhrgebiet spricht man bei der Erhaltung von Industriedenkmalen und der Gestaltung der Hinterlassenschaften der Industrie heute von Leuchtturmprojekten, Landmarken und Landschaftsbauwerken.<sup>74</sup> Jenseits der schönen Inszenierung des Strukturwandels kann man auch ganz handgreiflich feststellen, dass Montanindustrie Hinterlassenschaften hat, die nicht zu übersehen sind. Zechen, Kokereien, Hütten, Stahlwerke, Hochöfen sind riesige Anlagen, die – selbst wenn man sie abreißt – riesige Areale freigeben und Rückstände hinterlassen. In Oberhausen reichte das Gelände der Gutehoffnungshütte für eine ganze neue Mitte und noch einiges mehr. Die Montanindustrie kann man also auch nach ihrem Ende nicht übersehen. Somit behält das Ruhrgebiet noch auf lange Zeit jenseits allen Strukturwandels und auch unabhängig davon, ob die Hinterlassenschaften der Montanindustrie zerfallen oder zerstört werden, optische Bezugspunkte für die Wahrnehmung der Region als frühere Montanregion. So wirkt diese große Industrie auch groß nach und bleibt Orientierungspunkt wie andernorts Burgen, Schlösser, Kathedralen und natürliche Gegebenheiten wie Berge,

72 Skeptisch Blotevogel: Ruhrgebiet, S. 35 ff.

73 Vgl. Wolfgang Ebert: Industriegeschichte im Revier. Lebendige Vergangenheit oder Altlast?, in: Dürr/Gramke, S. 38.

74 Thomas Sieverts: Kunst und Architektur: Schöne Zutat, Gesamtkunstwerk oder etwas Drittes? in: Rolf Kreibich u. a. (Hg.): Bauplatz Zukunft. Dispute über die Entwicklung von Industrieregionen, Essen 1994, S. 232–242; Andrea Höber/Karl Ganser (Hg.): IndustrieKultur. Mythos und Moderne im Ruhrgebiet, Essen 1999.

Täler usw. Die Rede von ‚Industriekathedralen‘ ist so falsch nicht. Eine Frage, ob die exzessive Pflege von industriekulturellen Zeugen der montanindustriellen Vergangenheit der Region nicht auch den Blick auf eine ganz andere Zukunft verstellt, ist nach einigen giftigen Kommentaren nicht wirklich diskutiert worden.<sup>75</sup>

Die Aktivitäten zur Umnutzung von Industriedenkmalen erfolgten vor dem Hintergrund einer seit gut zwanzig Jahren andauernden Konjunktur von Ruhrgebietsgeschichte in Form von Regional-, Stadt-, Stadtteil-, Lokal-, Siedlungs- und Betriebsgeschichte.<sup>76</sup> Die „Territorialisierung und Regionalisierung, gar Lokalisierung von Geschichtsbewusstsein“ im Ruhrgebiet<sup>77</sup> wurde von keiner Institution getragen und vollzog sich weitgehend unorganisiert sowie wenig strukturiert, so dass hier vor allem auch Angehörige der neuen Mittelschichten aktiv waren. Gleichzeitig erfolgte auch bei vorwiegend kommunalen Einrichtungen wie Volkshochschulen, Stadtarchiven und anderen Bildungseinrichtungen im Ruhrgebiet eine entsprechende Umorientierung, Verstärkung und z. T. auch Professionalisierung der Geschichtsarbeit. In der Geschichtsbewegung arbeitet eine neue Generation nachgewachsener Ruhrgebietler, die nun über höhere (akademische) Ausbildung verfügt und eine neue (städtische) Mittelschicht bildet, Fragen nach der eigenen Identität ab.<sup>78</sup> Die von der IBA initiierte Ausstellung ‚Feuer und Flamme‘ zur Ruhrgebietsgeschichte, mehr Kulturereignis und Inszenierung von Geschichte als historische Ausstellung, zog 1994 in wenigen Sommermonaten 200.000 Besucher an, wozu auch der erstaunliche Ausstellungsort, ein ausgedienter Gasometer in Oberhausen, beitrug. Die Ausstellung wurde auf vielfachen Wunsch für den Sommer 1995 wieder neu aufgelegt und zog nochmals Zuschauermassen – etwa 300.000 Besucher – an.<sup>79</sup> Zentrale Agenturen der Geschichtskultur im Ruhrgebiet<sup>80</sup> sind mittlerweile natürlich die Universitäten, die großen Museen, das Bochumer Haus der Geschichte des Ruhrgebiets,<sup>81</sup> auch das Kulturwissenschaftliche Institut in Essen, die irr-

75 Ulrich Heinemann: Industriekultur: Vom Nutzen zum Nachteil für das Ruhrgebiet?, in: Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur 2003, H. 1, S. 56–58 und dagegen Roland Günter: Thesen-Anschlag: 44 Argumente für die Industrie-Kultur, in: Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur 2003, H. 2, S. 52–54. Früher schon Ebert, S. 19–40.

76 Vgl. meinen Forschungsbericht Stefan Goch: Stadtgeschichtsforschung im Ruhrgebiet – Ein Forschungs- und Literaturbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte 34 (1994), S. 441–475; Klaus Tenfelde: Geschichtskultur im Ruhrgebiet, in: GM 4 (1996), S. 240–253; Hans Kania: Geschichtswerkstatt Ruhrgebiet, in: Heinenbrock/Jablonowski, S. 93–97; Ulrich Borsdorf: Clio/Ruhr. Geschichtskultur im Ruhrgebiet, in: Essener Mittwochsgesellschaft. Reflexionen, Essen 2001, S. 127–133.

77 Tenfelde: Geschichtskultur, S. 243.

78 Vgl. ebd., S. 249–252.

79 Ulrich Borsdorf (Hg.): Feuer und Flamme – 200 Jahre Ruhrgebiet. Katalog zur Ausstellung im Gasometer Oberhausen, Essen 1994. Vgl. zur (nachträglichen) Selbstdarstellung (oder Selbstinszenierung) der Verantwortlichen der Ausstellung im Kontext der Diskussion um die Gestaltung historischer Ausstellungen und „Geschichtskultur“ ders./Franz-Josef Brüggemeier/Gottfried Korff: Das Industriezeitalter wird besichtigt. Rückblick auf die Ausstellung „Feuer und Flamme“ im Gasometer Oberhausen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6 (1996), S. 398–406; Ulrich Borsdorf u. a. (Hg.): Feuer & Flamme. Eindrücke einer Ausstellung im Gasometer Oberhausen 1994/95, Essen 1995.

80 Vgl. Borsdorf: Clio/Ruhr, S. 127 f.

81 Vgl. Plädoyer in Tenfelde: Geschichtskultur, S. 252 f.

witzig administrativ getrennten Industriemuseen Rheinlands und Westfalens, das gut besuchte Bergbaumuseum in Bochum, viele lokale Einrichtungen und Ausstellungen sowie mittlerweile traditionsreiche Geschichtsvereine und -initiativen. Schließlich ist auch das im Kontext der Internationalen Bauausstellung Emscher Park 1992 entstandene ‚Forum Geschichtskultur an Ruhr und Emscher‘ als loser Zusammenschluss von Initiativen, Einrichtungen und Interessierten zu nennen, das u. a. einen der höchstdotierten Geschichtspreise auslobt.<sup>82</sup> Demnächst soll das Ruhrgebiet dann ins Museum, das Ruhrmuseum auf Zeche Zollverein.<sup>83</sup>

Im beginnenden 21. Jahrhundert ging die Diskussion um die regionale Handlungsfähigkeit unter dem Leitbegriff ‚Ruhrstadt‘ in die nächste Runde. Der Druck der öffentlichen Debatte wurde nun doch so groß, dass die politischen Akteure sich zum Handeln gezwungen sahen. Im Jahr 2003 ist man schließlich in der Diskussion um eine Neustrukturierung der Handlungsarena Ruhrgebiet und die Reformierung der politischen und administrativen Strukturen im Land Nordrhein-Westfalen wesentlich vorangekommen: Alle Parteien konnten sich bei allen Unterschieden in Teilfragen und über Widerstände von Vertretern kommunaler Kirchtürme hinweg darauf einigen, einen Regionalverband Ruhr zu schaffen, der aus dem KVR hervorgeht und auch weiter gehende Kompetenzen bekommt.

### **Früher Standortwettbewerb und Stadtmarketing**

Während mindestens bei relevanten Teilen der Ruhrgebietsbevölkerung eine um Industriekultur und strukturellen Wandel kreisende Vorstellung von der Region Ruhrgebiet entstand, hatten unter dem Eindruck des Strukturwandels die Städte und Kreise mit einer zunächst recht unspezifischen Öffentlichkeitsarbeit begonnen, die neben der Information der Bürger und Ortsfremden auch Ansiedlung, Zuzug und Arbeitsaufnahme in den jeweiligen Kommunen fördern sollte. Schon 1971 wurde dabei vor dem Hintergrund eines eher vermuteten als wirklich analysierten schlechten Images des Ruhrgebiets festgestellt, dass einzelne Kommunen „sich als Ausnahme, als nicht ruhrgebietstypisch zu profilieren“ suchten oder in der Stadtwerbung „die regionale Lage nicht erwähnt“ wurde, „um Ruhrgebietsassoziationen zu vermeiden“.<sup>84</sup> Allerdings wurde auch schon zu dieser Zeit eine Koordination der Öffentlichkeitsarbeit im Ruhrgebiet gefordert.

Nach solchen Anfängen einer Beschäftigung mit dem Selbstbild und dem Image der Region wurde vom damaligen Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk sowie dem daraus hervorgegangenen Kommunalverband Ruhrgebiet eine systematische und kontinuierliche Imagewerbung für das Ruhrgebiet lange vernachlässigt, so dass der Städtekonkurrenz das Feld überlassen blieb. Die Gründe lagen wohl darin, dass man meinte, sich anderen Bal-

82 Goch: Ruhrgebietler, S. 594 f.

83 Konzeptionelle Überlegungen: Ruhr-Museum (Hg.): Großer Ratschlag. Stellungnahmen aus der Wissenschaft zu einem Ruhrmuseum auf Zollverein. Dokumentation der Tagung am 17.–18. Oktober 2003, Essen 2004.

84 Landwehrmann u. a., Bd. 1, S. 14; Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (Hg.): Zielgruppe: Multiplikatoren. Das Ruhrgebiet: Meinungen, Mutmaßungen, Essen 1973.

lungsräumen angleichen zu müssen, anstatt das Besondere des Ruhrgebiets hervorzuheben.<sup>85</sup> Angetrieben durch die Entwicklung des regionalen Bewusstseins in der Region wie durch die krisenhafte ökonomische Entwicklung, begann gegen Mitte der 1980er Jahre beim KVR eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem Image der Region. Die Bemühungen um Imagewerbung beruhten dabei auf der Erkenntnis des Bedeutungsgewinns ‚weicher‘ Standortfaktoren und, angesichts der Unübersichtlichkeiten der Informationen über Räume, auf der Einsicht in die Wichtigkeit und die möglicherweise handlungsleitende Kraft von „Vorstellungsbildern über Regionen“.<sup>86</sup> 1985 gab der KVR eine Imageuntersuchung in Auftrag, bei der ein deutliches Negativimage festgestellt wurde, wobei die Region von deren Einwohnern deutlich besser beurteilt wurde als von Bundesbürgern, die nicht dort wohnten.<sup>87</sup> Gleichzeitig mit der systematischen Untersuchung in und außerhalb der Region herrschenden der Vorstellungen über das Ruhrgebiet wurde eine professionelle PR-Kampagne zu dem nicht unbedeutenden Preis von 25 Mio. Euro für die Dauer von zehn Jahren aufgelegt. Unter den großen farbigen Abbildungen mit manchem überraschenden Blick auf die Region – insgesamt 160 Anzeigenmotive – begann nun die Verwendung des bis in die Gegenwart beliebten Slogans „Das Ruhrgebiet: Ein starkes Stück Deutschland“.<sup>88</sup>

Unter den Bewohnern der Region wurde infolgedessen zu Beginn der 1990er Jahre eine ausgeprägte Identifizierung mit dem Ruhrgebiet festgestellt, wobei diesen die innere Differenzierung, auch die Verschiedenartigkeit der Städte und Stadtteile wohl bewusst waren. Wesentlicher Bestandteil der Sicht der Bewohner ist die Wahrnehmung einer altindustriellen Region im Wandel.<sup>89</sup> Nach der Befragung von 1993 leben 69 % der Ruhrgebietler sehr gern im Ruhrgebiet, was gegenüber den vorherigen Befragungen (61 %) trotz mancher skeptischer Einschätzung eine weitere Steigerung der Zufriedenheit mit der Region bedeutete. Die wachsende Zufriedenheit zeigte auch die Verstärkung einer regionalen Identität bzw. einer verspäteten Selbstfindung im Prozess des Strukturwandels.<sup>90</sup>

Ab 1997/98 hieß die Imagekampagne des Kommunalverbandes Ruhrgebiet „Der Pott kocht“.<sup>91</sup> Diese Kampagne blieb unter den Akteuren der Region wie auch bei der regionalen Bevölkerung durchaus nicht unumstritten, weil hier manche Modernität und Urbanität in

85 Vgl. z. B. Dieter Nellen: Strukturwandel der regionalen Öffentlichkeit(sarbeit). Von der Werkstatt Ruhrgebiet zum Anspruch „Das Ruhrgebiet: Ein starkes Stück Deutschland“, in: Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur 2004, H. 1, S. 20.

86 Kommunalverband Ruhrgebiet: Image, S. 1. Vgl. Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg.): Lebensraum Ruhrgebiet. Räumliche Vorstellungsbilder im und über das Ruhrgebiet, Essen 1992, S. 3.

87 Kommunalverband Ruhrgebiet: Image, S. 1f.; Uwe Andersen: Das Image des Ruhrgebiets in der Innen- und Außenperspektive, in: Heienbrock/Jablonowski, S. 41f. Nach der Untersuchung über das Image der Region von 1985 wurden diese Analysen im Rahmen einer nun systematischer betriebenen Imagewerbung des KVR jeweils nach zwei Jahren (bis 1993) wiederholt, um die 1986 begonnenen Imagekampagnen des KVR einschätzen zu können.

88 Nellen, S. 20f. Vgl. Sabine Kerkemeyer/Udo Thies: Imagewerbung und regionales Marketing. Der Kommunalverband Ruhrgebiet vor neuen Aufgaben, in: Dürr/Gramke, S. 141–144.

89 Kommunalverband Ruhrgebiet: Lebensraum, 1992, S. 6ff. Vgl. aber auch differenziert Kommunalverband Ruhrgebiet: Image, 1994.

90 Ebd., S. 33f.; Andersen, S. 46.

91 Nellen, S. 22.

einer Weise inszeniert wurden, wie sie eben dem manchmal durchaus nostalgischen Selbstverständnis in der Region nicht entsprach. Obwohl angegeben wurde, dass die Planer der Kampagne auf Diskurs und Disput setzten,<sup>92</sup> war man in der Region doch mancher Zukunftsvision und mancher Inszenierung von Zukunftsstandorten gegenüber eher skeptisch eingestellt. Allerdings hatte sich die Ruhrgebietsbevölkerung mittlerweile doch deutlich differenziert, so dass es insgesamt schwer fällt, mit PR-Kampagnen allen Regionsbewohnern gerecht zu werden.

In jüngster Zeit hat nun die Ruhrgebietszeitung *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* (WAZ), sicher ein für die Selbstwahrnehmung der Region und ihre innere Regionsbildung zentraler und eher unterschätzter Akteur, der sich auch zum Sprachrohr der Ruhrstadt-Debatten machte,<sup>93</sup> in einer Serie Ergebnisse einer Studie publiziert. Diese Studie wurde vom Bifak (Bochumer Institut für angewandte Kommunikationsforschung) im Auftrag der vom Land getragenen Entwicklungsgesellschaft Projekt Ruhr GmbH zu der Wahrnehmung und Selbstinterpretation im Ruhrgebiet und zu den Fragen, die die Ruhrstadt-Debatte aufgeworfen hat, durchgeführt.<sup>94</sup> Sie kommt zu dem klaren Ergebnis: „Es besteht durchgehend ein großer Änderungsbedarf im Revier. Der dringende Wunsch nach mehr koordinierter Kooperation der Verantwortlichen und in logischer Folge der Verzicht auf überholte Egoismen wird nahezu einstimmig gefordert.“ Große Mehrheiten der Ruhrgebietsbewohner wünschen mehr Zusammenarbeit: 92 % beim Verkehr, 91 % bei der Wirtschaftsförderung, und natürlich gibt es auch Mehrheiten für die Kooperation bei der Abfall-Entsorgung, der Kultur und beim Sport. Drei von vier Revierbürgern sind viel weiter als die Kommunalpolitik und sprechen sich für städteübergreifende Flächenentwicklung für Gewerbeansiedlung und Wohngebiete aus. Befragungen ergeben zudem, dass sich vor allem die Bevölkerung im Kern des Ruhrgebiets, also den Städten an Ruhr und Emscher, dem Ruhrgebiet zugehörig fühlt. Diese räumliche Selbstzuordnung zum Ruhrgebiet wird in den ‚Flügelstädten‘ Dortmund und Duisburg nur geringfügig schwächer, im Unterschied zu lokaler Politik und dem jeweiligen Stadtmarketing. In den Randkreisen lässt dann allerdings die Identifikation mit dem Ruhrgebiet deutlich nach.<sup>95</sup>

In Konkurrenz zum Regionalmarketing kochen die Städte und Kreise im Ruhrgebiet aber weiter ihr eigenes Süppchen: Eine kleine Umfrage zum Stadtmarketing im Ruhrgebiet<sup>96</sup> zeigt, dass die meisten Städte und Kreise im Ruhrgebiet offensichtlich keine Probleme mit

92 Z. B. ebd., S. 23. Vgl. S. Kisters, S. 65–72.

93 Vgl. Blotevogel: Ruhrgebiet, S. 33 ff.; ders.: Region, S. 480, 482 f. Aus der eigenen Perspektive: Ralf Lehmann: Wie die alten 68er sagten: Das Private ist das Politische, in: Heienbrock/Jablonowski, S. 51–55; Ralf Lehmann: Der Beitrag der WAZ zum Bewusstsein einer Identität des Ruhrgebiets, in: Essener Mittwochsgesellschaft 2001, S. 89–104. Vgl. Gerald Wood: Regionalbewusstsein im Ruhrgebiet in der Berichterstattung regionaler Tageszeitungen, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 63 (1989), S. 537–562.

94 Hier nach der Berichterstattung über die noch nicht allgemein zugänglichen Studie.

95 Blotevogel: Ruhrgebiet, S. 35; ders.: Region, S. 484 f.

96 Für meinen Vortrag in der Veranstaltungsreihe „100 Jahre Großstadt Bochum“ des Instituts für soziale Bewegungen und des Stadtarchivs Bochum am 25. Mai 2004 „Essen-Dortmund: Der Kampf um die ‚Vorherrschaft‘ im Ruhrgebiet“.

den sie umgebenden Städten und der Region haben – sie erwähnen sie gar nicht, und sie gehören irgendwie auch nicht zum Ruhrgebiet. Für die Gegenwart sieht auch manche Stadtwerbung so aus, als ob sie hauptsächlich beweisen wollte, dass man nun endlich so ist wie woanders – aus einem historischen Minderwertigkeitsgefühl sagt man „Haben wir auch ...“. Eines der wenigen Elemente, die in der Selbstdarstellung der Region immer wieder – im Anschluss an Werbeschriften seit den 1920er Jahren – hervorgehoben werden, ist die für einen ursprünglich industriell geprägten Raum erstaunliche Ausstattung mit Grünflächen.<sup>97</sup> Dabei müssten eigentlich alle Ruhrgebietsstädte erkennen, dass sie auf sich gestellt längerfristig nicht einmal mit den Standortkonkurrenten in Nordrhein-Westfalen bestehen können. Im weltweiten Wettbewerb der Agglomerationen wird nur das Ruhrgebiet gemeinsam bestehen können. Dabei können die teilträumlichen Unterschiede durchaus nicht nur für eine Stadtkonkurrenz genutzt, sondern als gemeinschaftliche Vielfalt angeboten werden. Und gemeinsam kann man hervorheben, den Strukturwandel erfolgreicher bewältigt zu haben als die meisten anderen Regionen. Dabei müssen selbstbewusst weder alte noch neue Probleme geleugnet werden.

### **Perspektive: Die polyzentrische Stadt**

Während sich die politischen Akteure der Region bis hinein in das konkrete Stadtmarketing schwer tun, aus der Notwendigkeit gemeinschaftlichen regionalen Handelns Konsequenzen zu ziehen, zeigen die jüngsten Debatten um die Schaffung einer ‚Ruhrstadt‘, dass sich viele Bewohner der Region gerade darum bemühen. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass ein Ruhrgebiet nach dem Strukturwandel, das sich seiner gemeinsamen Potenziale bewusst ist, ein Ballungsraum neuer Qualität ist. Dem ‚neuen Ruhrgebiet‘, das wesentlich heterogener ist und sein wird als das ‚alte Ruhrgebiet‘, wird es dabei aber schwerer als den auf ein Zentrum ausgerichteten Ballungsräumen fallen, ein gemeinsames Leitbild im Sinne von ‚mental maps‘ als geteilte Vorstellungswelten und Wahrnehmungsmuster zu entwickeln, das dann die differenzierte Bevölkerung bis hin zu den Opfern der Wandlungsprozesse und die zahlreichen Teilräume integrieren müsste. So ist das Bild, das die ‚Ruhrgebietler‘ von ihrer Region haben, jenseits von Schlagworten undeutlich, ebenso wie die Zukunftsperspektiven, obwohl nach allen Umfragen das Ruhrgebiet bei seinen Bewohnern so beliebt ist wie kaum eine andere Region bei ihrer Bevölkerung. Im Ruhrgebiet kann sich letztlich nur eine besondere polyzentrische Urbanität herausbilden, die mit ‚normalen‘ Ballungsräumen oder Großstädten nur schwer zu vergleichen ist. Wenn sie denn ihrer Heimat verbunden bleiben wollen, werden die neuen Mittelschichten sich gerade auch vor den Herausforderungen demografischen Wandels, schrumpfender Städte, globaler Konkurrenz und der Notwendigkeiten, Sozialstaat und demokratisches Gemeinwesen zu reorganisieren, um die Entwicklung und Durchsetzung einer Vorstellung von einem lebenswerten Ruhrgebiet mit besonderer Urbanität kümmern müssen.

97 Vgl. Renate Kastorff-Viehmann (Hg.): Die grüne Stadt. Siedlungen, Parks, Wälder, Grünflächen 1860–1960 im Ruhrgebiet, Essen 1998; auch Briesen, S. 175 f.